

Erscheint täglich außer Montags, Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 20 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,30 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark 50 Pf. Einzelne, in der Post-Bestellungs-Preisliste für 1894 unter Nr. 6919.

# Vorwärts

Inspektions-Gebühr beträgt für die fünfjährigen Verträge oder deren Bruch 40 Pf., für Bereinigungs- und Veranschaulichungs-Anzeigen 20 Pf. Insetate für die nachstehenden Nummern müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Just 1, Nr. 1508, Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Deutsch-Straße 2

Freitag, den 7. September 1894.

Expedition: SW. 19, Deutsch-Straße 3.

## Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein boykottirtes Bier!

### Eine vergessene Statistik.

Kürzlich hat der „Reichs-Anzeiger“ endlich eine amtliche Uebersicht über die Ende 1893 in Deutschland befindlichen Gewerbegerichte, über zweihundert an der Zahl, veröffentlicht. Wie sagen „endlich“, weil man wieder einmal Jahre dazu gebraucht hat, ehe man zu diesem Entschlusse kam, während private Zählungen schon lange vorher einen Ueberblick über die Zahl der für die Arbeiter so wichtigen Gerichte zu schaffen versuchten, die auf Grund des Reichsgesetzes vom 29. Juni 1890 entstanden sind. Aber nicht bloß sehr spät ist diese Reichsstatistik gekommen, sondern auch sehr unvollständig ist sie ausgefallen. Sie vergaß nämlich zu erwähnen, daß die Zahl der Anträge auf Errichtung eines Gewerbegerichts, die namentlich von Arbeitern gestellt wurden, weit größer ist als die Zahl der tatsächlich errichteten Gewerbegerichte; mit anderen Worten: man vergaß mitzutheilen, in welcher unverantwortlicher Weise die unter dem Banner des Unternehmertums stehenden Gemeindebehörden vielfach das Verlangen der Arbeiter nach der von der Sozialreform so hoch gepriesenen Einrichtung brutal abgewiesen haben. Und doch giebt es sozialpolitisch keine interessantere Statistik, als diese. Wir wollen deshalb versuchen, die Lücke, soweit unsere Nachrichten reichen, etwas auszufüllen.

Das klassische Land für die Verweigerung von Gewerbegerichten scheint Bayern zu sein. Wir wollen gar nicht davon reden, daß es in Augsburg und Würzburg erst zu den heftigsten Kämpfen, die sich durch Jahre hinzogen, kommen mußte, ehe die Arbeiter ein Gewerbegericht durchsetzen konnten. Sie haben es jetzt durchgesetzt, und Genosse Grillenberger hat dem Minister im Dezember vorigen Jahres vor der Kammer ein kräftiges Wortlein über diese Dinge gesagt. Aber in Aschaffenburg, in Regensburg, in Brindorf bei Nürnberg und namentlich in der bayerischen Pfalz, wo das national-liberale Progenthum Alles beherrscht, in Neustadt, Landau und Speyer sträuben sich die Gemeindebehörden noch heute, dem Verlangen der Arbeiter nachzukommen, und der bayerische Minister läßt die Dinge hübsch gehen, wie sie gehen, die Arbeiter jahrelang vergeblich petitioniren, die Unternehmer die sanftesten Ausreden gebrauchen, — es bleibt Alles beim Alten! In Regensburg wurde die Gendarmerie beauftragt, nach den Personalien der

Petenten zu forschen. In Neustadt a. S. schickt man die Kosten vor. In Pirmasens hat man dem Drängen nachgegeben müssen, kann aber seit 1892 angeblich „keinen geeigneten Vorstehenden“ finden. In Speyer läßt man die Sache seit 2 Jahren friedlich in den Akten ruhen und in Landau behauptet die Behörde, in ihrer Stadt werden alle Streitigkeiten zwischen Unternehmern und Arbeitern „auf gutlichem Wege“ geschlichtet. Wenn man diese Dinge beobachtet, so wird man es sicher keinen Zufall mehr nennen, daß Bayern die schlechteste Kinderbeschütz-Gesetzgebung und die zurückgebliebenste Fabrikinspektion in ganz Deutschland hat.

Nächst Bayern rangirt dann das Großherzogthum Hessen auf der Liste derjenigen Staaten, deren Gemeinde- und Zentralbehörden das geringste Verständnis für die Gewerbegerichte entwickeln. In Darmstadt, also in der Landes-Hauptstadt, hat sich die Gelegenheit allmählig zu einem öffentlichen Skandal ausgewachsen. Unter den wichtigsten Vorwänden wissen die in der städtischen Verwaltung allmächtigen Unternehmer die Sache immer wieder auf die lange Bank zu schieben. Im Jahre 1892 arbeitete man zum Schein ein Statut aus, um dann die Parteien an diesem Schriftstück herumzerrern zu lassen; die Unternehmer lachen sich inzwischen ins Häuschen. Anfangs dieses Jahres sollte eine große Arbeiterversammlung in Darmstadt einen Beschluß, in welchem die „Lässigkeit“ der Behörden als „Mißachtung“ berechtigter Interessen bezeichnet wurde. Das hat aber weder Gemeinde- noch Zentralbehörde im Geringsten gerührt. In Bingen und Biehlen sieht es ähnlich. Für diese Städte besteht das Reichsgesetz, die Gewerbegerichte betreffend, einfach nicht. Die Unternehmer wollen es so, und die Behörden pariren.

Sodann zeichnen sich eine Anzahl Duodezstaaten durch ihren ausgeprägten Widerwillen gegen Gewerbegerichte aus. In Thüringen erklärten schon 1891 nicht weniger als 35 Städte auf einem Gemeindefest, daß für sie ein „Bedürfnis nach Gewerbegerichten nicht vorhanden sei“. In Weimar haben unsere Genossen die Errichtung erst kürzlich durchgebracht, in Jlmernau ist es ihnen noch nicht gelungen, in Chemnitz erst nach langen Kämpfen, in Zwickau bis heute noch nicht. In Anhalt fehlten bis zum Jahre 1893, bis wohin unsere Nachrichten reichen,

Gewerbegerichte ebenfalls gänzlich; in Bernburg waren es die berühmten „Kosten“, die man unseren Genossen entgegenstellt. Dieselben betragen nebenbei höchstens 3000 Mark jährlich für ein mittleres Gewerbegericht, und welche Umschmerzen werfen solche Städte beispielsweise hinaus, wenn es gilt, den Landesherrn zu feiern! Dieselbe Sachlage in Bremerhaven und in den beiden Mecklenburg, wo der Magistrat der erstgenannten Stadt „einzuweilen nicht abzugeben“ vermag, welches Bedürfnis nach einem Gewerbegericht trotz der zahlreichen Arbeiterbevölkerung „vorliegt“, während in Mecklenburg das Ministerium „einen Anlaß zur Errichtung nicht für gegeben“ hält. Ibyllische Zustände, nicht wahr?

In Preußen endlich besteht eine verhältnismäßig große Zahl von Gewerbegerichten in den Hauptindustriebezirken; stellenweise hat sich jedoch auch hier die sozialpolitische Einsicht der Gemeinde- und Aufsichtsbehörden in merkwürdigem Lichte gezeigt. In Halberstadt und Siegen setzte der Handelsminister ein Gewerbegericht gegen den Willen der Unternehmer durch. Aber in Anhalt und Hamm, in Bodenheim und Nixdorf, in Osterwieck bei Magdeburg und Rummelsburg, in Potsdam, Gassen bei Frankfurt a. O. und Striegan in Schlesien, also meist in ausgesprochenen Arbeiterstädten, verweigerte er theilweise unter sehr merkwürdigen „Gründen“ sein Eintrreten; beispielsweise bildet die „in Vorbereitung“ begriffene Einverleibung eines industriellen Ortes in ein benachbartes, größeres Stadtgebiet stets einen willkommenen Vorwand dafür, die Arbeiter einzuweilen abzuweisen. Als ob während der Jahre, die die Einverleibungs-Vorbereitungen zu dauern pflegen, das Bedürfnis nach sachverständiger, schneller und billiger Rechtsprechung für den Proletarier in geringerem Maße vorhanden wäre!

Auch die Lobpreisler der sogenannten „Sozialreform“, die sich an der vom „Reichs-Anzeiger“ gebrachten Statistik wieder einmal begeistert haben, werden nach unserer naturgemäß sehr unvollständigen Zusammenstellung zugeben müssen, daß die Medaille eine sehr häßliche Rehrseite hat und daß selbst bei der unschuldigen Einrichtung der Gewerbegerichte der gegenwärtige Klassenstaat sein widerwärtiges Gesicht nicht zu verdecken vermochte. Deshalb erklärt es sich auch, weshalb a m l i c h diese Statistik — vergessen wurde.

### Feuilleton.

#### Der Jude.

183

Deutsches Sittengemälde aus der ersten Hälfte des fünfzehnten Jahrhunderts. Von C. Spindler.

„Reimt's wie Ihr wollt,“ antwortete der Romthur: „aber ich bin reifer geworden in der Welt, seit wir uns nicht sahen. Ich bin ein wildes Blut gewesen und die Leute sagen, ich wär' es noch, obgleich der Säbel eines verfluchten Polen meinen Schädel — seht die Narbe — in der Feldschlacht also zugerichtet hat, daß mir mit den Haaren auch der Salan darunter hätte ausgehen müssen, wenn alles mit rechten Dingen zugeinge. Aber meine Wildheit reicht noch lange nicht an die Schledhtigkeit der Dame von Waldergrün. Nachdem meine Wunde geheilt worden war, und der Heermeister im Kapitel den Romthurstab als Pflaster darauf gelegt hatte, als ich wieder auf meiner Fahrt hierher durch meine Heimath und Thüringen kam, wo man mich allenthalben anstaunte wie einen todtgegläubten Mann, . . . was hörte ich nicht von Wallraden? Wie manchen wackern Mann nannte man mir nicht, der sich zeitlich in den Schlingen der Hexe gefangen und sehr übel danach befunden hatte? War sie früher nur ein Spiel meiner Leidenschaft gewesen, so wurde sie jetzt ein Gegenstand meines Abscheus. Ich wußte wohl, daß sie sich hier befindet, aber tausend Jahre hätte sie leben können, ohne mich zu sehen. Betteer Hsting ist für sie nicht mehr auf der Welt. Noch einmal: wohl bekomme ihr der jähe Tod. Was aber ist aus Eurem Johannes geworden, von der Rhön?“ — „O, Ihr reißt eine Wunde auf, deren ich in dieser unglückseligen Stunde ganz vergessen hatte,“ rief Wilger außer sich, und erzählte nun dem aufmerksamen Romthur seiner Leiden bedauerenswürdige Geschichte; wie er geglaubt, Weib und Tochter verloren zu haben, wie er

seine einzige Hoffnung auf den Knaben gesetzt, und wie ihn das grausame Verhängniß die Tochter wieder in die Arme geführt habe, um sie, ihm ihre geliebte Mutter, den von fremder Gnade lebenden Sohn, und überhaupt alles Glück, alle Freude des Lebens durch einen im Horn verübten Mord unerbittlich zu rauben.

„O ich bin ein sehr unglücklicher Mensch!“ schloß der arme Mann mit jener starren Verzweiflung, die auch im höchsten Schmerz keine erleichternde Thräne in das trockene Auge läßt; „und besser fürwahr wäre es, Ihr übergeben mich alsobald den Händen des Halsgerichts, das vor der Thüre lanert, und dem ich nach kurzer Frist ohnehin zum Raube werden muß. Das Elend, in welchem ich vergehe, beschreibt keine Zunge, und wenn ich mich über den Verlust meiner irdischen Freude trösten möchte, so kann ich's nicht, denn mein Bewußtsein ist voll Schuld, denn auf mir lastet — außer der blutigen That, die mir vielleicht der Barmherzige verzehe — eine Sünde wider ihn und seine Gebote, die nicht er, die nicht seine Kirche verzeiht und erläßt: die Sünde der Doppelzehr, gleich zu rechnen der Blutschande und sträflichen Anzucht. Wer hilft mir aus diesem Gewirre von Freveln, und werde ich sie denn auf dem Blutgerüste sogar abbüßen können?“ — Der Romthur blickte unter seinen buschigen Augenbrauen hervor auf das zerlöthete Gesicht des jammernden Wilger, und er sagte mit roher Gutmüthigkeit: „Denk doch nicht jetzt schon aus Sterben und den unehelichen Hentel. Noch habt Ihr Frist genug dazu, und die Bullenbeißer auf unseres Hauses Schwelle mögen sich vor der Hand die Nase stumpf wittern. Erholt Euch; aus einem Scheinfreunde bin ich Euer wahrer Freund geworden, und will Euch Gutes thun, wie ich nur vermag. Weib und Kind kann ich Euch nicht wieder schaffen, und Euren Hals nicht sichern vor dem Schwerte der Frankfurter, aber lustiger und gemächlicher sollt Ihr die Zeit hindringen, und erwarten, ob nicht etwa ein Kardinal oder der heilige Vater selbst, oder der Kaiser diese Strafe ziehe; das sind Leute, deren Anblick allein Gnade bringt und Freiheit. Hoff, auf was Ihr wollt; auf ein Wunder, auf des Himmels Günstig; das gilt mir gleich!“

aber hofft nur, und schlagt Euch den Stöcker aus dem Sinne. Werdet wieder ein Mensch, der alles hinter sich wirft, und glättet Eure Stirne. Wir im deutschen Hause sind keine Kopfhänger, und lieben Tafel, Wein und Scherz. Selbst mit den Weibern nehmen wir's nicht genau, — sind sie uns gleich verboten. Anlaß genug, um fröhlich zu sein mit den Fröhlichen. Vier Wochen sind eine Ewigkeit für den zwerflichen Grillenseind. Euer Trübfinn hilft nicht; darum jagt ihn weg, und laßt für die Zukunft den Herrgott sorgen!“

#### Acht's Kapitel.

Wenn auch kein Balsam mehr des Leibes Wunden heilen mag, so nehmt von der Junge des Scheidenden die Schuld, und legt darauf den süßen Balsam der Vergebung, daß er fröhlich hinschilde.

So wie der Haufe des neugierigen Pöbels vor dem Hause der deutschen Herren stand, und die geschlossene Thüre angaffte, saumt den Soldnern des Rath's, die vor derselben auf der Lauerwache standen, also auch die Menge des Volkes vor dem Klosterthore der weisen Frauen, nachdem man Wallraden hineingetragen hatte, blutig und entstell, eine erbarmenswerthe Leiche. Wie ein Blig hatte die Schreckenstunde die Stadt durchflogen, und nicht zuletzt Dietrich's Haus erreicht. Der Altbürger war abwesend, und Margarethe, allen Groll vergessend, nur der Stimme des Mitleides und weiblicher Milde Gehör gehend, die in ihrem Herzen laut wurde, sog auf den Flügel der Angst und des Schreckens nach dem Kloster, um wo möglich Wallraden vor ihrem Dintreit noch zu sehen, ihr den Tod leichter zu machen durch die Verführung. Die Zelle, die Wallrade als Gast des Klosters bewohnte, war gedrängt voll von Menschen. Um das von Blut geröthete Lager standen dienende Frauen des Klosters, . . . Gudel kniete zu Haupten des Bettes und siehe zum Himmel, daß er ihr nicht den Tod der Gebieterin anrechnen möge; zu den



# Politische Ueberlicht.

Berlin, den 6. September.

**Militärische Neuforderungen** sind in größerer Anzahl dem Reichstage zugebracht, so soll die Kriegsakademie zu einer militärischen Hochschule umgewandelt und die Hörszahl von 300 auf 400 vermehrt werden, was voraussichtlich eine Verdoppelung der Kosten zur Folge haben wird.

**Segen des Militarismus.** Das „Offenbacher Abendblatt“ schreibt aus dem Dieburger Kreise (in Hesse-Darmstadt):

„Die Hannover sind beendet und die Feldschäden, welche dadurch angerichtet wurden, sollen zur Entschädigung kommen. Dabei wird z. Th. gezwungen und gezwungen, daß die Landwirthe lebhaft Klagen führen und theilweise sehr geschädigt sind. So erzählt ein sonst militärisch-freundlicher Zeitungsschreiber aus Großgimmern: Die Kuratorkommission arbeitet nun seit etwa zehn Tagen. Seitdem ist aber über eine Sachverständigen-Kommission noch mehr geklagt worden, als über diese Leute. Hier soll nichts, oder fast nichts gegeben werden. In Fällen, wo 2 Beschädigte ihren Schaden an 1000 Kaster Kartoffelfeld auf 100 Mark angeben, die Ortskommission 140 Mark als Ersatz für genügend erklärt hat, werden beiden Beschädigten zusammen sage und schreibe sechsunddreißig Mark vergütet. Ein Stück Pasterfeld, welches stark beschädigt war, tarixte der sonst sehr ruhige und zufriedene Eigentümer zu 50 M. Die Kommission bewilligte ganze 2,50 M. Die angeführten Fälle sind aber keine Ausnahme, — sondern Regel. Da stehen die Leute zusammen und klagen und fragen, ob es denn gegen derartige Zugrungen keinen Rechtsweg giebt. Die Bauersleute sind ohnehin nicht zu beneiden. In Berücksichtigung dessen hat der hiesige Gemeinderath beschloffen, seine Bürger bei der verhältnismäßig langen Einquartierung und bei den jetzt hohen Fleischpreisen schadlos zu halten und bis zu 1,50 M. pro Mann und Tag zuzulegen. Diese Zuzüge betragen dann für die lange Einquartierungszeit für die hiesige Gemeinde mehr als 6000 M., welche doch wieder von den Steuerzahlern erhoben werden müssen. Die diesjährigen Wandervogel sind für unsere Bevölkerung und für unsere Gemeindefassen ein Krieg im Frieden, — hat neulich ein jemand gesagt, und dieser jemand hatte Recht. So schwer uns auch diese Opfer drücken, — unsere Truppen werden gut verpflegt.“

Soweit der militärisch-freundliche Schreiber. Seine Klagen sind völlig berechtigt, doch haben sie so gut wie gar keinen Werth, denn wer den Krieg im Frieden nicht will, muß dessen Ursache, das heißt den Militarismus bekämpfen und nicht für ihn schwärmen. Höchst bedenklich finden wir den Beschluß des Gemeinderaths, denn durch denselben werden auch die Arbeiter in sehr erheblicher Weise mit zur Zahlung der Zuzüge herangezogen.

Es ist gut, daß der Militarismus immer mehr auf das Volk drückt, damit der Masse der Gleichgiltigen der Staat gestochen wird.

**Einem Staatsstreik zur Durchführung einer Ordnung** soll heißen Reaktions-Gesetzgebung empfahl neulich die „Nationalliberale Correspondenz“, leugnete aber nachher, als sie gestellt wurde, mit bekanntem nationalliberalem Muth, alles ab. Wir wollen dem offiziellen Organ der nationalliberalen Partei seine Staatsstreik-Erklärung unter die Nase reiben. Da ist sie: „Mit dem gegenwärtigen Reichstag eine Verständigung über eine Ordnungsgesetzgebung nicht zu erreichen, so muß man auf's neue die Wähler anrufen. Sie denken in solchen Fragen oft praktischer und nüchternere als die vielen Phrasendrescher und Prinzipienreiter. Und schließlich, wenn sich diese Zusammenfassung des Reichstags als unabänderliche Thatsache herausstellt, darf man auch vor den äußersten Konsequenzen nicht zurückschrecken, falls es die Lebensfähigkeit des Reichs erfordert. Aber dazu gehören freilich Staatsmänner von eiserner Thatkraft und Entschlossenheit.“

Wie Bismarck, der leider „Ferschmetzter“.

Wir fragen: können die „äußersten Konsequenzen“ etwas anderes bedeuten, als den Staatsstreik?

Freilich, wenn Nationalliberale von „äußersten Konsequenzen“ reden, so macht das nur einen hochkomischen Eindruck. Wissen sie doch nicht einmal, was die einfachste Konsequenz ist.

**Der Berliner Parteitag der freisinnigen Volkspartei** hat gestern, wieder bei verschlossenen Thüren, seine Beratungen über den Programmentwurf geschlossen. Nach einem unkontrollirbaren parteioffiziösen Wascheittel wurden sämtliche Punkte unverändert angenommen. Die Sonntagruhe für das Handlungsgewerbe erscheint den Herren nicht ungenügend, sondern sollte ihrem freilich wenig gewichtigem Wunsch nach noch weiter eingeschränkt werden. Die bezügliche Resolution lautet:

Füßen des Bettes lag Willhild auf den Knien und betete ohne aufzuhören oder ihren Lippen einen Stillstand zu gönnen. Die Oberin des Klosters, die stolze Walburg, die innige Freundin Wallrabens, war beschäftigt mit ihren kunstfertigen Händen und Augen, die Wunde der Bewußtlosen zu untersuchen, und Judith, die Magd, half ihr bei diesen mühsamen Geschäfte, in der Ecke aber stand Dagobert mit bläulichem Angesichte, die kleine Agnes noch auf dem Arme, und im Auge den trostlosen Blick einer sterbenden Schwester, gegen welche er jeden Bort verschunden fühlte. Ihr Leiden hatte ihn entzweit, und dankbar schielte er Margarethen die Hand, da sie zu ihm trat. „Gott vergelte Euch den guten Herzenswillen, ehrsame Frau,“ sprach er. „Ihr verschmäht es nicht, einer in den Staub Gefallenen Euch zu nahen, und zum Frieden zu reden, wie mir's Euer himmelklares Angesicht sagt; — eine deutliche Schrift. Ich fürchte jedoch, — Ihr kommt zu spät. Dennoch aber,“ sagte er leiser hinzu, auf Willhild deutend: — „dennoch früh genug, um diese hier zu sehen.“ — Margarethe erlebte die jähling, da sie das gesah: Weib ersah, und näherte sich demselben. Mit gepreßter, kaum vernembarer Stimme, fragte sie die Hochschauende, wie sie daher gekommen und welcher Endzweck sie zu Wallrabens geführt habe. — „O liebe Frau,“ entgegnete Willhild: „ich habe gelernt, wie nichts besser sei, denn Wahrheit. Konnte diejenige, die dort verscheidet, mir die Wahrheit abzwängen mit Trug und List, warum sollte ich sie nicht öffentlich bekennen? Erschrocken, daß ich Eurer Stieftochter, in Krankheitsangst und von meinem blödsinnigen Manne versucht, entdeckt, was ich nicht entdecken sollte, fürchtete ich Euren Anblick, und da mein Paul wieder heim kam, und mir glaublich wurde, daß er Euren Gemahl selbst gesprochen, daß dieser um alles wußte, und fürchtete sich strafen würde, da ward ich plötzlich gesund von dem Gebreife. Die Angst hatte mich geheilt, und mein Herz sehnte sich nach Compostell, um dort Vergebung meiner Sünden zu holen. Aber aus einem Kloster auf der Grenze von Elfaß sandte man mich zurück. Der Prior versagte mir jeden Beistand zur weitem Pilgerfahrt, wenn ich nicht

Die Bestimmungen über die Sonntagruhe für das Handlungsgewerbe haben bei ihrer schablonenhaften Art durch die mangelnde Berücksichtigung der Verschiedenheit der handlungsgewerblichen Verhältnisse tiefgehende Schäden gezeitigt. Der Berliner Parteitag erachtet es deshalb für geboten, auf eine Verbesserung jener Bestimmungen aus den praktischen Verhältnissen des Erwerbslebens heraus mit aller Kraft hinzuwirken.“

Ein Antrag auf Einführung des Maximalarbeits-tages erhielt nur wenige Stimmen, ebenso ein Antrag für Schaffung des Koalitionsrechts für ländliche Arbeiter und Diensthoten, nachdem seitens der Programmkommission erklärt worden war, daß diese Forderungen in dem Maße: Zeitgemäße Regelung der Rechtsverhältnisse der in Haus- und Landwirtschaft beschäftigten Personen — enthalten seien.

Ferner wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Der Berliner Parteitag wolle den Parteigenossen in Berlin empfehlen, in den Vereinen die Ursachen der Verluste im Bauhandwerke zu erörtern und die Mittel zu ihrer Abhilfe zu berathen.“

**Auch der Eisenacher Parteitag der freisinnigen Volkspartei** wird bei geschlossenen Thüren abgehalten werden. Schlagender könnte der Mangel an demokratischem Geiste in dieser Partei und ihre Furcht vor der öffentlichen Kritik nicht nachgewiesen werden.

**Gegen den Maximal-Arbeitstag** hat der Abgeordnete Richter in einer zum Zweck der Programmberatung abgehaltenen freisinnigen Wählerversammlung des sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreises sein schweres Geschütz aufzulassen, aber es sind bloß alte für den modernen Krieg unbrauchbare Bombarden. Mit denselben Argumenten wie der von ihm so gehasste Bismarck „widerlegt“ er die Forderung des Normal-Arbeitstages. Er weiß nichts von der steigenden Produktivität der Arbeit, er weiß nichts von den Untersuchungen Schuler's über die Wirkung des schweizerischen Normal-Arbeitstages, ihm sind die Erfahrungen der österreichischen Fabrikinspektoren, die seines ehemaligen Parteigenossen Freese u. s. w., u. s. w. unbekannt. Doch das ist bei der mangelhaft bekümmerten sozialpolitischen Unwissenheit des Sozialistenbüblers Richter nicht bemerkenswerth. Weiter ist, daß er behauptet, daß die englischen Gewerksvereine nur eine Verfürgung der Arbeitszeit durch freie Vereinbarung wünschen, daß er dies behauptet am gleichen Tage, an dem der Trades-Unions-Kongress mit 256 gegen 5 Stimmen die gesetzliche Einführung des Achtstundentages forderten. Armer Richter!

**Die Ordnung herrscht in Güstrow.** Zum Streit in Güstrow wird uns von dort geschrieben:

Wie bereits durch Telegramm mitgeteilt, hat sich am Dienstag Abend gegen 9 1/2 Uhr in der Eisenbahnstraße, unmittelbar vor der Waggonfabrik eine blutige Scene abgespielt. Um die angegebene Zeit kam es zwischen einem Techniker der Fabrik und einem der streikenden Arbeiter zu einem Wortwechsel und insolge dessen zu Thätlichkeiten. Der Arbeiter schlug mit dem Stock nach dem Techniker, dieser aber feuerte seinen Revolver ab, traf aber nicht den schlagenden Arbeiter, sondern einen Kollegen desselben, der erheben zurückschießen wollte. Der getroffene Arbeiter heißt Brüh und ist die Kugel in den einen Arm gedrungen. Der schußbereite Techniker zog sich nach seiner Heldenthat in die Fabrik zurück, um sich in späterer Stunde unter polizeilicher Bedeckung nach Hause zu begeben.

Die Verwundung des P., wenn auch zunächst keine schwere, giebt dennoch zu Besorgniß Veranlassung, da die Kugel bisher von den Ärzten noch nicht gefunden wurde. Die Aufregung über diesen Vorfall ist unter den Streikenden, die sich durch ihr bisheriges tadelloses Verhalten die Sympathie der gesamten Bevölkerung erworben haben, ist sehr groß. Wird doch in der ganzen Stadt als verbürgt erzählt, daß die Beamten bald nach Ausbruch des Aufstands im Hofe der Fabrik Schießübungen unternommen haben, um im Gebrauch der Revolver sicher zu werden. Daß man auf Seiten der Fabrikleitung mit allen möglichen Eventualitäten, zu denen die bisherige Haltung der Streikenden nicht den geringsten Anlaß bot, rechnet, beweist am besten die auch vom „Vorwärts“ bereits mitgetheilte Bewaffnung der in Thätigkeit befindlichen Arbeiter mit Schlagringen der gefährlichsten Art.

Unbegreiflich bleibt auch das Verhalten der Behörde, die den Streikenden manni-faltige Vorschriften über das Betreten der Eisenbahnstraße und des Bahnhofes macht, und damit die Aufregung und den Unmuth der Streikenden vermehrt.

Die zu Mittwoch Abend einberufene außerordentlich starkbesetzte Arbeiterversammlung, in der Genosse Gerisch aus Berlin referiren sollte, wurde gerade in dem Augenblicke aufgelöst, als letzterer den Saal betrat. Anlaß zur Auflösung war eine vom Genossen Baaker-Hamburg zitierte Aeußerung von Robertus über das Koalitionsrecht. Am Donnerstag Abend

heimkehren, selbst alles ruhig bekennen würde, und Vergebung erhielt. Meinen Mann zurücklassend, eilte ich zurück auf wunden Sohlen und gelangte heute hierher. Wie hätte ich ohne Schutz vor Euer Anlicht treten können, vor Euch, die ich verrathen? Eine Fürsprecherin glaubte ich in dem Fräulein zu finden, dem ein bedauerndwerther Zufall mich in den Gassen der Stadt begegnet ließ. Wallrabens Freude über mein Erscheinen war außerordentlich. So mögen sie denn alle mich Lügen strafen! sagte sie recht hämisch. Ich habe hier den besten Zeugen gefunden und aus dem Hause soll mir die Frau und der Bube. Kommt mit, Willhild. Seid herzlich und dreist, und Euer Schade soll's nicht sein. — Nun merkte ich wohl, daß ich vor die unrechte Schwiebe gerathen war, allein hier half keine Widerrede. Angstvoll der Dinge wartend, bis da kommen würden, folgte ich Eurer Stieftochter, als mit einem Male das Unglück in dem wahn-sinnigen Mönche einherraste. — Und was gedenkst Du jetzt zu thun?“ fragte Margarethe forschend. — „Ich muß Herrn Diether alles bekennen, ehrsame Frau,“ versetzte Willhild: „Sie sprechen mich sonst nicht los zu Compostell. Aber Euch, die ich so sehr getäuscht, will ich überlassen, wann es geschieht soll.“ — Dagobert wünte Margarethen zu, und sie verstand den gutgemeinten Wink. — „Ich rufe Dich,“ sagte sie zu Willhild, die sich sofort wieder zum Beten anschickte, und ging an das Bette der unglücklichen Wall-rabe. „Geseget sei der Herr,“ sprach so eben Walburga, „noch lebt die Aernste, und heilbar scheint mir die schwere Wunde.“ Alles drängte sich dem Lager näher, um zu sehen, wie stufenweise das Leben wieder in die Glieder der Verwundeten trat, um zu hören, wie endlich der erste Senker ihren Lippen entschwabte, und das erste Wort aus ihrem Munde ging, dem alsdann wieder der erste Blick folgte. Doch das Auge Wallrabens schloß sich wie geblendet vor den Zügen Margarethens, und die Scham jagte eine flüchtig vergehende Röthe auf die todtenfarbigen Wangen des Fräuleins. — „Warum nicht todt?“ stammelte ihr Mund: „warum gerade diese vor meinen Augen?“ (Fortsetzung folgt.)

findet eine weitere Versammlung statt, in der Genosse Gerisch wiederum als Referent aufgestellt ist. Ein kurz vor Schluss aus Güstrow eingetroffenes Privattelegramm berichtet, daß diese Versammlung verboten wurde. Gerisch, der durch lange Jahre Vertrauensmann und Leiter der Berliner Metallarbeiter war, bleibt einig in Güstrow, um den Arbeitern mit Rath und That an die Hand zu gehen.

Von anderer Seite wird uns noch aus Güstrow geschrieben:

Vernehmungen haben polizeilicherseits bis jetzt erst in der Fabrik stattgefunden, der Beschädigte und dessen Zeugen sind jedoch noch nicht vernommen worden.

Und demnach hat die Polizei „etwas“ gethan. Den Streikenden ist nämlich befohlen worden, sich da nicht mehr bilden zu lassen, wo bis jetzt Posten zur Ueberwachung ausgestellt sind.

Die Streikenden protestiren gegen diese Verkehrsbeschränkung, haben es sich aber gefallen lassen müssen, daß die Polizei verschiedene Namen notirt hat. Strafmandate werden wohl nicht ausbleiben. Kurzum, die Zustände hier sind sehr kritisch und wenn die Arbeiter nicht allezeit ihre Besonnenheit bewahren würden, so hätten wir zum wirtschaftlichen Krieg auch den wirklichen.

**Der Gewerksverein der christlichen Bergleute** tritt in die Fußstapfen der Hirsch-Dunker'schen Mannesjeulen. Er will als Grundlage seines Statuts die Bestimmung aufnehmen, daß jedes Mitglied sogar durch polizeiliche Beschneidung nachweisen soll, daß es keinen sozialdemokratischen Bestrebungen heuligt. Dies charakterisirt den Geist dieser neuen Arbeiterfreunde und beweist, wie wenig die aufdringlichen Gründer des Vereins die Arbeiter kennen. Seine Machtlosigkeit und sein Aussehen wird nicht einmal mit den Hirsch-Dunker'schen auf die Dauer konkurriren können. Die polizeilich gestempelten Mitglieder werden der leitenden Drahtzieher werth sein.

**Bei den Landtagswahlen in Großherzogthum Weimar** war die Betheiligung für die am Montag vollzogenen Wahlmännerwahlen so schwach, daß fast durchweg ein anderweitiger Wahltermin anberaumt werden muß. Es sind u. a. in der Stadt Weimar von 2800 Wahlberechtigten etwa 400, in Jena von 776 nur 256, in Benigsen-jena von 242 nur 79 zur Stimmenabgabe erschienen.

**Militärischer Uebermuth.** Aus Glatz wird dem „Berliner Tageblatt“ telegraphirt:

Nach der „Glatzer Zeitung“ erlaubten sich österreichische Militärs in arge Ausschreitungen in dem preussischen Orte Steinbach. Das Wirthshaus wurde mit Steinen bombardirt und der Wirth mißhandelt. Die österreichische Militärbehörde leistete bereits Schadenersatz, sicherte die Bestrafung der Schuldigen zu und sprach ihr Bedauern über den Zwischenfall aus.

**Das ungarische Abschließungssystem** gegen fremde Waaren soll nun auch auf die Arbeitskräfte ausgedehnt werden. Ein Budapest Telegramm meldet hierüber:

Der ungarische Finanzminister richtete an sämtliche Eisenbahn-, Brücken- und andere Bauunternehmungen einen Erlaß, daß bei den Bauten höchstens fünfzig Prozent fremder Arbeiter beschäftigt werden dürfen, und diese auch nur dann, wenn die Unternehmer nicht genügend einheimische Arbeiter erhalten können.

Die Klassenbewußten ungarischen Arbeiter sind natürlich mit dieser Maßregel nicht einverstanden.

„Ein guter Sozialdemokrat“ wurde neulich von der Bourgeoispreffe als Kronzeuge gegen unseren Genossen Greulich in Zürich aufgerufen. Er sollte „wissenschaftlich und altentwässert“ nachgewiesen haben, daß das schweizerische Arbeiter-Sekretariat für vieles Geld nichts oder so gut wie nichts geleistet habe. Nun, der „gute Sozialdemokrat“, der den Bourgeoisreaktionären so gute Dienste leistet, ist niemand anders als unser alter Bekannter, der Ex-„Unabhängige“ und jetzt „politisch-neutrale“ Hans Müller.

**Der Kampf gegen den Sozialismus** treibt das kapitalistische Frankreich naturgemäß mehr und mehr in die Arme der Reaktion — der Kirchlichen sowohl wie der politischen. Niemals war das Pfaffenhum mächtiger in Frankreich als heute unter der republikanischen Regierung des Casimir Perier und der sonstigen Ritter von Geldsack Gnaden. Selbst vor der Revolution, in der alten Monarchie herrschten die Pfaffen nicht so unbeschränkt, denn die französischen Fürsten ließen sich nur selten von der Kirche ganz unterjochen. Jetzt ist jede Spur von Selbstständigkeit verloren. Mit dem arbeitenden Volk im Krieg hat die Regierung keinen festen Punkt und muß sich, wohl oder übel, auf die Pfaffen stützen, die einzige Stütze, die sie findet — außer der Arme, auf die aber kein sicherer Verlaß. Die slavische Abhängigkeit des Herrn Perier von den Pfaffen zeigt sich in der skandalösen Maßregelung des Professors Robin, bisherigen Vorstehers des Waisenhanfes von Cempuis, im Norden Frankreichs. Professor Robin hat aus diesem Waisenhaus, das seit 15 Jahren von ihm verwaltet wird, eine Muster-Erziehungsanstalt gemacht. Die Mädchen und Knaben werden zusammen erzogen; die rationellste Pädagogik wird befolgt; Hand- und Gartenarbeit ist in den Schulplan aufgenommen. Die Ergebnisse sind außerordentlich günstig. Aber — die Geistlichkeit ist von der Anstalt ausgeschlossen und seit Jahren sucht sie dieselbe in die Hand zu bekommen. Bisher waren alle Versuche umsonst. Jetzt aber, unter dem sozialistenbde-rißigen Regiment Casimir Perier's haben die schwarzen Brüder ihr Ziel erreicht. Robin, anerkannt einer der besten Pädagogen Frankreichs, ist vorige Woche durch Minister-rathsbeschluß abgesetzt worden — angeblich wegen „Unstlichkeit des Unterrichts“, weil Knaben und Mädchen zusammen erzogen werden! — und die Pfaffen werden nun das Waisenhaus von Cempuis in die Hände bekommen, und ihre „Stittlichkeit“ dort einführen. So hat die einst himmelführende französische Bourgeoisie sich rückwärts entwickelt! Die „Germania“ aber, die ihren französischen Genossen zu Hilfe kommt und von dem „Schweine-stall in Cempuis“ spricht, möchten wir an die unansprechlichen Baster und Greuel erinnern, die in religiösen Erziehungsanstalten vorkommen und durch zahlreiche Prozesse, auch in neuester Zeit, nachgewiesen sind. In Cempuis kannte man, ehe es der frommen Geistlichkeit geöffnet ward, derlei Dinge allerdings nicht.

**Der englische Gewerkschaftskongress.** Die Verhandlungen der englischen Arbeitsbrüder in Norwich bedeuten den völligen Niedergang des Manchestertums unter den englischen Arbeitern und eine weitere bedeutende Annäherung an die Auffassung der kontinentalen Arbeiter. Ein Telegramm aus Norwich meldet hierüber:

Der Kongress der Trades-Unions (Arbeitergewerkschaften) nahm heute mit 256 gegen 5 Stimmen eine Resolution an, durch welche die parlamentarische Kommission aufgefordert wird, ein Gesetz vorzuschlagen, durch welches der obligatorische achtstündige Arbeitstag für alle Gewerbe eingeführt wird. Ferner wurde in einer Resolution das Bedauern darüber ausgesprochen, daß der Schach-



Lausler Parcourt im letzten Budget Votenzahlung für die Mitglieder des Unterhauses nicht vorgesehen habe.

**Das die Anarchisten** nur der verlogene Heuchelname für eine Sozialistenhag ist, das kann jetzt, nachdem die Herren Anarchistengegner über zwei Monate lang an der Arbeit gewesen sind, keinem Zweifel mehr unterliegen. In Frankreich und Italien — den beiden Ländern, deren Regierungen die leitende Rolle spielen, hat sich die Hag ausschließlich gegen die Sozialisten gerichtet, die man mit gemobelter Falschmünzerei frech zu Anarchisten stempelt. Alle Presseorgane der Herren Anarchistengegner — und das gilt auch von Deutschland — sind seit zwei Monaten mit Heftartikeln gegen die Sozialisten gefüllt, während die sogenannten Anarchisten nach wie vor von der gesamten Bourgeoispreffe mit unverkennbarer, die Stammesgemeinschaft bekundender Zärtlichkeit behandelt werden. Wir erinnern nur an den liebevollen Artikel, der dieser Tage von unserer ganzen Bourgeoispreffe gewissen „anarchistischen“ Winkel-Konventikeln in Berlin gewidmet ward. Mit dieser sympathischen Schilderung vergleiche man die Buthausdrücke gegen die Sozialdemokraten! In Frankreich ist nicht ein einziger „Anarchist“ dem Anarchistengesetz verfallen, wohl aber sehr viele Sozialisten. Dasselbe gilt von Italien, wo die auf Grund des Anarchistengesetzes Gemäßigten fast ohne Ausnahme Sozialisten sind. Anarchisten im Sinne der „Propaganda der That“ giebt es in Italien überhaupt nicht. Das was sich dort „Anarchist“ nennt, ist konfusos Volk, dem nichts ferner liegt, als ernstliches Handeln. Der beste Beweis hierfür ist, daß — von dem sehr zweifelhaften Attentat auf Crispi abgesehen — „anarchistische“ Verbrechen im Sinne der „Propaganda der That“ in Italien so gut wie nicht vorgekommen sind. Die famosen Bombensünde und Explosionen, die sich täglich zu Dutzenden ereigneten, als das Ausnahme-gesetz in Wache war, haben aufgehört, seit kein Bedarf mehr ist. We m das Anarchistengesetz in Italien gilt, das zeigt das Verbot des nach Ajmoa berufenen sozialistischen Kongresses. Die Organisationen, die diesen Kongress veranstalteten, haben den Anarchismus in Italien vernichtet. Und das ist ihr Verbrechen in den Augen des Herrn Crispi, der seine Anarchisten braucht, ebenso wie Casimir Perier und unsere reaktionskollergigen Bismarckbrüder. Das Verbot des italienischen Sozialistenkongresses hat übrigens in den weitesten Kreisen Italiens Entrüstung erregt — und selbst ein Theil der Regierung mißbilligte das Verbot, allein Herr Crispi kann ohne rothes Gespenst so wenig regieren, wie ohne Belagerungszustand.

Beiläufig werden unsere italienischen Genossen ihren Kongress doch abhalten — wenn es nicht anders geht, im Ausland. Die italienischen Sozialisten fürchten sich so wenig vor Crispi, wie die deutschen weiland vor Bismarck, und sie werden auch mit ihrem Bismarck ebenso gut fertig werden, wie wir mit dem unserigen fertig geworden sind. Und das Gleiche gilt von den französischen Sozialisten. Herr Casimir Perier steht als Präsident in keinen festeren Schuhen, denn früher als Minister.

**Sizilien** flöht trotz der Crispinischen Blutherrschaft den italienischen Machthabern noch immer Furcht ein. Nach dem amtlichen Blatt der italienischen Regierung soll das Dekret, betr. die öffentliche Sicherheit auf Sizilien, bis zum 31. Dezember 1896 in Kraft bleiben.

**Die politische Situation in Dänemark** beleuchtet in interessanter Weise eine Korrespondenz der „Frankfurter Zeitung“ aus Kopenhagen. Diefelbe lautet:

Das Resultat der jetzt beendeten Wahlmännerwahlen zum Landthing muß für den am 1. April geschlossenen Ausgleich als sehr ungünstig betrachtet werden. Die Wahlen fanden in 112 Gemeinden statt und fast überall hatten die Radikalen die Mehrzahl. Namentlich in den Landstrichen auf Seeland war dies der Fall, indem die Opposition in 20 Kommunen den Sieg davontrug. Wohl kann man sich noch nicht über den endlichen Ausfall der Landthingwahlen am 19. d. M. eine klare Vorstellung machen, jedoch steht es jetzt schon fest, daß die Wähler sich mit den „Reformen“, die der Ausgleich ihnen verspricht, nicht begnügen wollen, und wenn die allgemeinen Wollstehingwahlen im Frühjahr ein definitives Urtheil über den Ausgleich geben sollen, wird dieses Urtheil für die Ausgleichsmänner sehr ungünstig lauten. Auch auf Fühnen, wo der Ausgleich bisher seine eifrigsten Anhänger gefunden hat, haben jetzt bei den Wahlen die Gegner des Ausgleiches die Mehrzahl der Stimmen erhalten.

**Und Rumänien** wird geschrieben: Das erste Zeichen, daß die Wahlen herangereitet sind — und zwar die alten Wahlen mit „Knäppel“ und „Frank“ — ist seitens der Regierung gegeben. Unser Genosse Piturca, in dessen Behausung eine Versammlung der Wähler seines Bezirkes stattfinden sollte, ist von den Wahlagenten — besoldeten Prüglern — angefallen, und in gemeiner und feiger Weise maltroakt worden. Kurze Zeit vor dieser That hatte das offizielle Regierungsexpül „Tara“ einen Artikel, „Worte nicht Revolver!“ betitelt, gebracht. Nachdem in diesem der Anarchismus mit dem Sozialismus, wie es sich ziemt, glücklich in einen Topf zusammengeworfen war, erklärte das Expül, daß die konservative Regierung entschlossen sei, in der bevorstehenden Wahl mit dem Wort, nicht mit dem Revolver, wie es einst die bösen Liberalen thaten, zu kämpfen. Was die Regierung davon gehalten, beweist der Fall Piturca, sie hat Piturca und in ihm die Sozialdemokratie, zwar nicht mit dem Revolver, jedoch aber mit dem „Knäppel“ belästigt. Was die Anarchisteneinschüchterung anbetrifft, so kann sie die rumänischen Genossen kalt lassen — wer selbst im Glashause sitzt, soll bekanntlich nicht mit Steinen werfen, und die rumänische Regierung hat es ja gerade in der Piturca-Affäre nachgewiesen, wer die Taktik der Gewalt verfolgt. Was bei unseren Gegnern und zugleich Zeit auch in unserem eigenen Lager große Freude erregt, ist die Thatsache, daß die sogenannten „historischen Parteien“, so sehr sie sich gegenseitig hassen, in dem Kampfe gegen uns ein Herz und eine Seele sind. Ein neuer Beweis für das grade von diesen Parteien bestrittene Bestehen des Klassenkampfes. Die rumänische Sozialdemokratie muß bei den bevorstehenden Wahlen selbständig vorgehen, und zum ersten Mal seit 1848 werden an den Orten, wo sich Organisationen befinden, Arbeiterkandidaten auftreten.

**Herr Carnegie** von Pittsburgh in Pennsylvanien, der mammonistische Zwillingbruder des Pullman von Chicago in Illinois, ist von dem Marine-Ausschuß des amerikanischen Kongresses nun wirklich als Verräther entlarvt und gebrandmarkt worden. Es war bekanntlich die Anklage gegen ihn erhoben, die Marine durch Lieferung fehlerhafter und minderwerthiger Panzerplatten geschädigt zu haben. Der Betrug, der ganz in der Art der Baarschen Schienenklücke ausgeübt ward, ist von der Untersuchungskommission festgestellt, und die Untersuchung aller weiteren, von Carnegie gelieferten Panzerplatten angeordnet worden. Herr Carnegie, der beiläufig auch ein

sehr großer „Patriot“ ist, wird vielleicht gut thun, seinen Aufenthalt wieder in Europa zu nehmen. Die amerikanischen Juchthäuser sollen kein angenehmer Aufenthalt sein.

**Krieg in Ostien.** Nachrichten aus Hongkong vom 1. August zufolge wurde ein kleines Detachement chinesischer Truppen gegen eine überlegene japanische Abtheilung an der Grenze von Korea gesandt, dabei aber beinahe ausgerieben. Nachfolgenden Mannschaften sei es jedoch gelungen, die Japaner in die Nähe einer Mine zu locken, durch deren Explosion 500 Japaner getödtet wurden. Die chinesische Nachhut habe alsdann die Japaner angegriffen und völlig in die Flucht geschlagen.

**Die Zustände auf Samoa** werden von einem gelegentlichen Korrespondenten der „Berliner Zeitung“ in sehr interessanter, für unser Staatswesen freilich wenig schmeichelhafter Weise beleuchtet:

Vor einiger Zeit schreibt der Gewährsmann der „Berliner Zeitung“, als die Mau-Rebellen die Absicht hatten, sich der Municipalität von Apia zu bemächtigen, beschloffen die Kommandanten der hier anwesenden Kriegsschiffe, einen Kreuzer nach dem nicht weit von Apia am Meeresufer gelegenen Delogo zu entsenden, welchen Ort die Rebellen besetzt hielten. Das hierzu bestimmte Schiff war der deutsche Kreuzer „Falke“. Gegen Ausgang Juni nun durchschwirrten Gerüchte Apia, daß die Besatzung des deutschen Kriegsschiffes sich Talolo's — hierunter versteht man eine mit großem Pomp verbundene Schenkung von Früchten, Föhnern, Schweinen etc. — bringen ließen, ferner daß die Töchter der Rebellen vor den deutschen Seeleuten Tänze aufführten, und last not least, daß die Rebellen, in deren Begleitung sich samoanische Mädchen befanden, an Bord des „Falke“ gekommen und dort mit Champagner, Bier u. s. w. bewirthet wurden. Man wollte zunächst in Apia diesen Gerüchten keinen Glauben schenken. Am 27. Juni wandten sich jedoch verschiedene einflußreiche Häuptlinge der Regierungspartei an den deutschen Konsul Biermann mit der Bitte, gegen dieses Verhalten der deutschen Kriegsschiffsbesatzung, die doch zum Schutze und zur Unterstützung der Regierung anwesend sei, Protest einzulegen. Herr Biermann kam diesen Bitten nach und ließ dem deutschen Kommando die Mittheilung zugehen, daß er, so lange die Konsulargewalt in seinen Händen läge, ein derartiges Verhalten nicht dulden könne. Man ist hier außerordentlich erregt über das Verhalten der deutschen Seeleute, und nur durch das Dazwischentreten des einflußreichen Häuptlings Sumanatasa wurde bei einer Gelegenheit ein Vergleich verhandelt. Ein deutsches Kriegsschiffsboot, an Bord Maluif, ein Neffe des deportirten Mataafa, und eine ganze Anzahl junger Atua-Mädchen, welche den Offizieren des „Falke“ vorzuziehen sollten, postete die Linie der Regierungstruppen. Ueber dieses Schauspiel, das sich schon mehrere Male wiederholt hatte, geriet die Regierungstruppen barmhagen in Erbitterung, daß sie bereits ihre Gewehre auf das Boot anlegten. Es wäre zu einem großen Blutbade gekommen, wenn nicht Sumanatasa die Wäthenden im letzten Augenblick noch zur Vernunft jurückgebracht hätte. Groß ist indes die Erbitterung der Samoaner gegen die Deutschen.

Wie überhaupt der Samoaner über die augenblicklich in seinem Lande herrschenden Zustände denkt, geht aus einem öffentlichen Schreiben hervor, das einer der in der in Apia herausgegebenen Zeitung erschienen ließ. Ich gebe dasselbe, seiner charakteristischen Wendungen wegen, in getreuer Uebersetzung wieder:

Herr!  
Ich bin ein Samoaner und mag es Ihnen angenehm sein, meine Worte zu drucken. Fremde sprechen viel über Samoa, aber sie betrachten die Sache nur von ihrem Standpunkt und gestatten dem Samoaner nicht, eine eigene Meinung zu haben. Die großen Häuptlinge der drei Mächte (es sind hiermit die Konsule gemeint) haben niemals mit uns gemeinschaftlich beraten, was für unser Land gut ist. Was bedeutet die Stellung eines Konsuls? Wir glaubten, daß die Konsule nur gut und gerecht handeln dürften. Warum haben uns die Konsule aber irre geführt? Die Konsule wünschten zu regieren; wir gehorchten ihnen, weil der Präsident uns sagte, wenn wir nicht gehorchten, würden die drei Mächte die Regierung nicht unterstügen. Wo ist aber diese Unterstüßung? Die drei Mächte wünschten, daß wir den Berliner Vertrag unterzeichneten. Wir unterzeichneten ihn, weil man uns sagte, es würde dann keinen Krieg mehr in Samoa geben.

Was für Folgen hat der Berliner Vertrag nun gehabt? Er hat uns nur Sorgen gebracht und wir befinden uns in Schwierigkeiten. Die drei Mächte aber haben vergessen, daß sie einen Vertrag mit uns eingegangen und lassen uns mit unseren Schwierigkeiten allein. Man rebellirt gegen die Regierung und den Vertrag. Die Rebellen sagen, die Regierung des weißen Mannes ist nicht gut; laßt uns unsere eigene Regierung haben, wie in früheren Zeiten, wo wir nicht gezwungen waren, für unsere Frauen und Kinder Steuern zu bezahlen. Wir glauben daß die Konsule mit den Rebellen sympathisiren. Die Anhänger der Regierung jedoch, welche den Vertrag respektiren, sind in Schwierigkeiten. Warum schaffen uns die Konsule Verdrüß? Als wir die Mau-Rebellen im April vertrieben hatten, legten sich die Konsule dazwischen. Sie befehlen unseren Deuten, den Krieg einzustellen und nach ihren Dörfern zurückzulehren. Die Arbeit der Regierungstruppen war aber noch nicht vollständig gethan. Die Konsule sagten: Wartet bis die Kriegsschiffe kommen. Wir gehorchten, weil wir glaubten, die Mächte würden die Rebellen bestrafen. Die Kriegsschiffe sind gekommen, sie thun aber nichts. Das Verhalten der Konsule hat nur den Effekt, die Regierungstruppen zu schwächen. Wenn die Konsule keine Autorität haben, so hätten sie die Regierung selbständig handeln lassen sollen, alle Schwierigkeiten wären dann längst beseitigt. Es scheint uns, als wenn die Konsule die Rebellen unterstügen. Ist ein derartiges Verhalten Sitte bei den Fremden und den drei großen Mächten? Der Samoaner hat die Fremden immer respektirt, aber jetzt ist sein Respekt verflogen wie der Wind. Ihr ergebener Saipule.

**Der alte Plan, die australischen Kolonien** mit Ausnahme Neu-Seelands in einen Bund zu vereinigen, ist wieder aufgenommen worden. Mit Ausnahme der Regierung von West-Australien, deren Antwort noch aussteht, haben sämtliche Kolonialregierungen sich zustimmend geäußert. Die Vereinigten Staaten von Australien werfen so ihren Schatten voraus.

## Parteinachrichten.

**An die polnischen Parteigenossen!** Nachdem nunmehr die Gründung eines polnischen sozialdemokratischen Les- und Diskussionsvereins gesichert, wenden wir uns nochmals an alle polnischen Sozialdemokraten hierseits mit dem Ersuchen, an einer Versprechung über die weiteren Schritte resp. den endgültigen Entschluß in dieser Sache theilzunehmen. — Genossen! Da wir keine Arbeit gescheut haben, um zu unserm Ziele zu gelangen, glauben wir mit dem demnächst ins Leben tretenden Les- und Diskussionsverein für die polnischen Genossen die erste Position zu erringen, von welcher wir eine wirksame und fruchtbringende Agitation unter unseren polnischen Landleuten betreiben können. Die schweren

Schwähungen und rohen Ausschreitungen, begangen von Deuten, die ein heuchlerisches und gewissenloses Muckertum gegen uns aufstiehe, oermochten nicht, daß wir unsere Kräfte amsonst vergeudeten. Die stolzen Keuferungen von drei am letzten Sonntag abgegangenen „Schätschen“, „das Charlottenburg, die starke Festung der Polen, nie und nimmer zu erobern sei“, sind zum Kerger des Jesuitenthums zu Schanden geworden. Jetzt heißt es aber, alle Kräfte zu sammeln, und deshalb laden wir Euch am Sonntag, den 9. September, Nachmittags 3 Uhr, bei dem Gastwirth Herrmann Bernicke, Krummestraße 19, ein, um die Aufstellung der Mitgliederliste vorzunehmen und den Verein anzumelden. — Der Anfang ist gemacht, nun an die Arbeit! Und bald werden wir auf unsere Erfolge stolz sein können!

Mehrere polnische Genossen.

**Von der Agitation.** In einer gut besuchten Versammlung in Offen sprach der Genosse Schumacher über das Thema: „Ist der Sozialismus durchführbar?“ Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. — Im Laufe der letzten Woche sprach Genosse Meherer in Hamburg in Sangerhausen, der Genosse Jubel in Braunschweig. — Am 2. Septbr., am Tage des Sedanrinnels, hatten die Flensburger Genossen zwei Versammlungen einberufen, in welchen die Genossen Raßke und Holzhauser über das dem Tage sehr entsprechende Thema referirten: „Die Emser Depeche oder wie Krieg gemacht werden? Zur Annahme gelangte folgende Resolution: „Die heutige am 2. September tagende Volksversammlung erhebt energischen Protest gegen die Verherrlichung des Massenmordes, wie es seit einem Vierteljahrhundert von denjenigen geschieht, welche glauben, den sogenannten Patriotismus in Erb-pacht genommen zu haben. Die heutige Versammlung erklärt ferner, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, daß die Forderung der Sozialdemokratie, die dahin geht, die Entscheidung über Krieg und Frieden nicht in die Hände Einzelner, sondern in den Willen des Volkes zu legen, bald in Kraft tritt. Denn nicht der Wille einzelner Personen, sondern der Wille des Volkes ist das höchste Gesetz.“

Aus dem Wahlkreise Glatz-Gabelschwerdt wird uns geschrieben: Am Sonntag, den 2. September cr., fand in Kaisersdorf bei Bad Landeck eine öffentliche Volksversammlung für Männer und Frauen statt, in welcher Genosse Weicher referirte. Trotz des schlechten Wetters und des an diesem Tage überall stattfindenden Sedanrinnels waren ca. 200 Personen erschienen. Es war dies die erste sozialdemokratische Versammlung, welche wir in diesem schwarzen Winkel abhielten, denn bis vor kurzem konnte man wohl behaupten, daß die Gegend ausschließlich von der Pfafferei beherrscht wurden. Der Vortrag des Genossen Weicher über das Thema: „Was wollen die Sozialdemokraten“ wurde oft von stürmischem Beifall unterbrochen, welcher bewies, daß die Anwesenden (zumelst Landleute) nicht mehr Lust haben, mit den Pfaffen durch Dick und Dünn zu geben. Da wir wiederholt und dringend aufgefordert wurden, recht bald wiederkommen, so beabsichtigen wir in vier Wochen wieder eine Versammlung dortselbst abzuhalten.

**Um die Aufzählungen von Wahlvereinen** durch die sächsischen Behörden unmöglich zu machen, schlägt die Burgstädter „Volksstimme“ vor, die bestehenden sozialdemokratischen Vereine in Verein für öffentliche Angelegenheiten umzuwandeln bzw. solche neu zu gründen, und als Vereinszwecke zu nennen: 1. Betrieb der Wähler; 2. Veranstaltung öffentlicher Volksversammlungen und geschlossener Vereinsversammlungen a) zur Werbung für die Sozialdemokratie, b) zur politischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Aufklärung; insbesondere: c) zur Bekämpfung von Walfür, Ungleichheit und Amisüberhebung aller Art; d) zur Absprechung über das Verhalten von Gemeindevorstellungen, Landtagen und des Reichstages, über die Geschäftsführung in Kassen, die der Arbeiterversicherung dienen und über die Behandlung von Arbeitern durch Unternehmer, 3. Gewährung von Rechtsschutz an seine Mitglieder, gegen die ein Strafverfahren wegen ihrer Vereinthätigkeit schwelt, oder die zu einem Beschwerte- oder Streitverfahren aus Anlaß behördlicher Maßregeln schreiten wollen, wofern dieser Schritt nach Ansicht des Vorstandes nicht aussichtslos ist; 4. Halten einer der Zwecke des Vereines dienenden Wächeri, wie auch von Zeitungen verschiedener Parteirichtung; 5. Festlichkeiten, Ausflüge und dergleichen zur geselligen Annäherung der Mitglieder, ihrer Gäste und Familien.

Hierzu bemerkt „Der Wähler“: Dieses schöne, auch für den geraden Soldatenstern der Polizei klare und deutliche Beizeinander der Zwecke wird seinen Eindruck nicht verfehlen. Wenn einige Wahlvereine ihre Satzungen in dieser Weise geändert haben, und da, wo Wahlvereine aufgelöst wurden, alsbald Vereine für öffentliche Angelegenheiten“ entstehen, so wird die Polizei einsehen, welchen Dienst sie unserer Partei erwiesen hat, indem sie auf die Mangelhaftigkeit und auf die Lücken in den Vereins-satzungen hinweist.

**Auf der Suche nach einem Massenprozeß** scheint die Chemnitzer Staatsanwaltschaft zu sein. Unser Chemnitzer Parteiorgan schreibt unterm 4. September: Eine ganze Anzahl Parteigenossen — die genaue Zahl konnten wir zur Stunde noch nicht feststellen — welche Vorstandsmitglieder in den behördlich aufgelösten Vereinen waren, sind zwecks Vernehmung vor die Staatsanwaltschaft geladen worden. Es scheint, daß die Staatsanwaltschaft den Vereinen noch nachträglich einen Prozeß machen wil.

**„Die Freiheit der sozialdemokratischen Angestellten.“** Die „Freiwillige Zeitung“ veröffentlichte kürzlich ein Schreiben aus Magdeburg, in dem es hieß: Als am 25. August die hiesige freireligiöse Gemeinde ihre Sache-feier beging, wobei die freireligiöse Liedertafel mitwirkte, hatte die „Volksstimme“, das sozialdemokratische Organ, ihren zur Liedertafel gebörenden Angestellten verboten, an der Feier zum Andenken des früheren freireligiösen aber allerdings nicht sozialdemokratischen Predigers mitzuwirken. — Unser Magdeburger Partei-Organ antwortet hierauf: „Die Sache-feier wurde im „Hoffjäger“ abgehalten, welcher wohl allen anderen Parteien, nicht aber den Sozialdemokraten zu Versammlungen zur Verfügung steht. Der Angestellte der Sozialdemokratie, welchem die Theilnahme an der Sache-feier verboten“ sein soll, ist der Redakteur der „Volksstimme“, Genosse Richter. Da die Sozialdemokraten den „Hoffjäger“ unter Boykott gestellt haben, versteht es sich von selbst, daß der Redakteur eines Arbeiterblattes sich den Beschlüssen der Parteigenossen zu fügen hat. Auch ist dem Genossen Richter der Besuch der Sache-feier nicht verboten worden. Er hat auf den Besuch derselben freiwillig verzichtet. Im übrigen ist der jetzige Prediger der Freien Gemeinde, Herr Burfche, welcher christlicherisch und rednerisch für die Partei der Wälfers-freier agitirt, ein entschiedener Gegner der Sozialdemokratie. Trotzdem gehören die Kinder, denen er Unterricht erteilt, in ihrer übergroßen Mehrheit sozialistisch gestimmten Eltern an. Der Hieb, den die „Freis. Ztg.“ der Magdeburger „Volksstimme“ erteilt, ist also ein Lusthieb.“

**Polizeiliches, Gerichtliches etc.**  
— Genosse Reichard-Dresden hatte als Redakteur der „Sächs. Arb.-Ztg.“ eine Nummer dieses Blattes gezeichnet, in der die Verhaftung Grabnauer's und Genossen bekannt gegeben wurde; gleichzeitig wurden die Arbeiter Dresdens aufgefordert, nun erst recht den Boykott durchzuführen. Reichard, deswegen angeklagt, konnte nachweisen, daß er nicht der Verfasser sei, sondern sein Mitredakteur Herrmann. Dieser aber war schon dieses „Verbrechens“ wegen bestraft worden; es erfolgte Freisprechung.  
— Staatsgefährliche Melodien. Der Wirth des „Schätschenhauses“ in Chemnitz hat eine polizeiliche Verfügung



erhalten, nach welcher in Zukunft bei Tanzergängen der „Sozialistenmarsch“ nicht mehr von der Kapelle gespielt werden darf. Angeblich sollen die Nachbarn dadurch belästigt werden. Für Wiederholungsfälle sind 60 M. Geldstrafe und sogar die Entziehung der Tanzerelaubnis angedroht.

In Aue wurde der Arbeiter-Gesangverein ebenfalls aufgelöst, weil er sich am Mittwochabend Sängerkonzert betheiligte hat. — In zweiter Instanz ist Genosse Peus von der Strafkammer des Landgerichts zu Dessau unter Aufhebung des Urtheils des Schöffengerichts, welches auf verleumderische Beleidigung erkannt hatte, wegen einfacher Beleidigung des Pfarrers Grape wiederum zu 6 Monaten bezw. in Verbindung mit der Strafsache wegen Beleidigung der Verwaltung des Prof. Bergwerks zu sechs Monaten Gefängnis verurtheilt worden. Es ist dabei dem Angeklagten in der Berufungsinstanz dahin Recht gegeben worden, daß er nicht verleumdet hat. Dagegen ist auch schon die einfache Beleidigung, welche in der andeutungsweisen Wiedergabe der damals über den Pfarrer Grape kursierenden Gerüchte gefunden worden ist, für so schwer erkannt worden, daß trotz der juristisch wesentlich milderen Auffassung über den rechtlichen Charakter des Vergehens dasselbe Strafmaß für gerecht erachtet worden ist.

In Mülka wurde Genosse Klinger zu 15 M. Geldstrafe oder 5 Tagen Haft verurtheilt, weil er in einem öffentlichen Lokal Parteibroschüren verkauft hatte. Die Anklage lautete: wegen Verkauf von Druckschriften ohne polizeiliche Erlaubnis.

Die Mannheimer „Volkstimme“ war deshalb konfisziert worden, weil sie das Inserat einer bürgerlichen Zeitung abfällig besprochen hatte, in welchem „Summiartikel“ und dergleichen Dinge angegriffen worden waren. Das nannte die Staatsanwaltschaft: „Verbreitung unästhetischer Schriften“. Das betreffende bürgerliche Blatt aber ist unbehelligt geblieben.

Polizeilich geschlossen wurde der Leseverein „Einigkeit“ in Pasing (Bayern). Er habe, obgleich er nicht politischer Verein, sich mit politischen Thematika befaßt, Hochs auf die Sozialdemokratie seien ausgebracht worden u. s. w. Die Genossen werden diese Maßregel mit der Gründung eines Wahlvereins beantworten.

In Chili sollen einer Wolff'schen Depesche zufolge einige Sozialisten verhaftet worden sein, weil sie Unruhe gestiftet hätten. (1)

## Soziale Ueberflucht.

Cholera und Eud stehen in unmittelbarem Zusammenhänge. Das hat das Beispiel Hamburgs gelehrt, das lehrt uns jetzt wieder das Auftreten der Seuche in Bärgein. Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus Marburg geschrieben:

Stwas Gutes ist der asiatische Cholera doch nachzuräumen. Sie hebt den Schleier von sozialen Missständen, die sonst wachsen und wuchern, ohne daß sich irgend jemand darum kümmert. Da bricht irgendwo in einem Eudwinkel die Cholera aus, und sofort lenken sich alle Augen auf die haarsträubenden Zustände, die bei dieser Gelegenheit bloßgedeckt werden. Was man jetzt in Bärgein mit Schaudern beobachtet, ist kein schlimmer Sonderfall in heftigen Ländern. Nur achtet man sonst nicht auf das „Selbstverständliche“. Wie die Kernsten in diesen weltabgeschiedenen Dörfern leben, wie sie wohnen und besonders, wie sie in Krankheiten sich „pflegen“ — das Wort klingt wie Hohn — das weiß man wohl, aber man wundert sich nicht darüber. Die Leute sind den Hunger, die schlechte Luft, diese bunte und schredliche Fülle sozialer Leiden gewohnt; wozu also der Hohn? ... Wie arm aber diese Kernsten sind, das mag man daran abmessen, daß auch unsere Dorfkirchen sich kaum weit über das Niveau der Noth erheben. Da sitzt also in so einem Dorf plötzlich ein alter Mann. Er ist schwächlich, leidet an einem Bruchhals, sein Hirnengang ist, wenn auch etwas plötzlich, so doch begrifflich. Drei Generationen haufen in einem und demselben engen, unsauberen Zimmer, sie haben nicht einmal das Wischenband, das der kleine Bauer sein eigen nennt, obwohl es ihm zum großen Theil nicht mehr gehört. Der Großvater stirbt, die Familie haust ruhig weiter in dem verpesteten Raum. Man schläft in dem Bett, das durch den Anath des Alten befuddelt worden ist. Dieses gemeinsame Schlafen in den großen Betten, Kranke und Gesunde enge nebeneinander — das allein ist schon ein solches Kapitel aus „Mutter Erde!“ Und eines Tages ist dann die asiatische Seuche da, als einziger Gast, der in diesen trostlosen Hütten fette Nahrung und fruchtbarer Boden findet! Jetzt, wo die Bärgeiner Cholera dieses grausige Zogelöhnerelend erschleiert, erschreckt selbst der schmerz- und nothgewohnte Arzt. Die Leute haben keine Bett, keine Leinwand. Ein einziges Handtuch stand den Aergsten und Dialonistinnen zur Verfügung. Heute morgen mußte erst von hier ein Duzend Handtücher hinausgeschickt werden. Man hat eine Volksschule errichtet, um auch die Gesunden durch kräftigere Nahrung widerstandsfähiger zu machen. Vielleicht preisen sie jetzt die Seuche, die ihnen gute Tage bringt, Fleisch und Wein. Ich habe Ihnen bereits telegraphisch über meine Unterhaltung mit Herrn Professor Fränkel berichtet. Der junge Gelehrte, der leider durch seine Berufung nach Halle unserer Universität entzogen wird, ist ein Schüler Koch's und theilt, so weit ich beurtheilen kann, auch in der Cholerafrage jenes Forschers Anschauungen. Wie es möglich ist, daß gerade in diesem abgeschiedenen Ort, Bärgein, der nicht einmal Bahnstation ist, urplötzlich wie in explosiver Spontanität die Seuche andrückt, dieses Räthsel mußte mit der Gelehrte nicht zu lösen. Meinem Einwand, daß der giftige Kommasbazillus doch vielleicht nur eine sekundäre, nicht primäre Ursache sei, daß ein ganzer Komplex von Ursachen zusammenzutreten müsse, um Cholera zu erzeugen, diesen Einwand wies Prof. Fränkel mit Bestimmtheit zurück. Auf irgend eine geheimnißvolle Art müsse der Bazillus nach Bärgein verschleppt worden sein, der den ersten Cholerafall veranlaßt und dann durch Ansteckung die Epidemie hervorgerufen habe. Wie dieser Bazillus den Weg nach Bärgein gefunden hat, das ist eben das Räthsel. Daß er etwa durch die Soldaten eingeschleppt worden sei, hielt Dr. Fränkel nach seinen sorgfältigen Untersuchungen für völlig ausgeschlossen. Weder im Wasser der Brunnen noch der Flußläufe haben sich, wie schon gemeldet wurde, bisher die giftigen Keime nachweisen lassen. Freilich entspricht das Brunnenwasser nicht den hygienischen Anforderungen: es ist in unserer Gegend üblich, den Brunnen neben der — Misttute anzulegen. Was sonst über angebliche Einschleppung der Seuche durch polnische Arbeiter erzählt wird, ist durchweg falsch. Die Volkspantomime hat schnell einen aus Polen durchgewanderten „Schworrer“ als den Krankheitsträger „festgestellt“. Die lustig aufwachsende Legende ist aber sofort durch genaue Feststellungen zertreten worden.

Mit dem Zentralarbeitsnachweise, der für Oldenburg am 1. Januar 1895 errichtet werden soll, soll auch eine Wohnungsvermittlung verbunden sein. Berücksichtigt sollen Familienwohnungen werden von einem Mietzpreise unter 200 M.

## Gewerkschaftliches.

Von der Dampf-Glaskleiserei G. Marien u. Co., Hamburg, geht uns folgendes zu:

In die Redaktion des „Vorwärts“ Berlin.

Auf grund des Pressgesetzes ersuchen wir Sie hiermit um Aufnahme folgender Berichtigung:

Die von Ihrem Blatte gebrachte Nachricht, wonach in unserer Glaskleiserei wegen Lohnreduktion die Arbeit niedergelegt sei, entspricht nicht den Thatsachen. Wahrheit ist, daß nach dem einige Wochen mit Unterbrechung gearbeitet worden war, wir unsere Leute infolge heruntergedrückter Verkaufspreise nur zu erniedrigten Aufträgen voll und dauernd beschäftigen konnten, womit auch sämtliche Leute einverstanden waren. Nur der Umstand, daß wir unsere beiden ältesten Schleifer, welche in Lohn arbeiten, einen Tag früher wieder einstellten, als die Afford-

arbeiter anfangen sollten, veranlaßte letztere, die Arbeit niederzulegen, weil sie darin eine ungerechte Bevorzugung zu erkennen glaubten.“

Hochachtung

G. Marien u. Co.

In der Hamburger Organisation ist es nun, die Sache zur Sache.

**Französische Streiks.** Der Ausbruch der Handschuhmacher in Grenoble ist jetzt vollständig beendet; alle Arbeiter haben ihre Stellen wieder eingenommen. — In Nantes streiken die Futinauer einer Firma. — In derselben Stadt haben die organisierten Zeitungverleger sich geweigert, das „Petit Journal“, welches in Paris erscheint, noch weiter zu vertreiben. Sie hatten der Administration der Zeitung angekündigt, daß sie in Zukunft nur 3,50 Franks anstatt wie bisher 4 Franks für das Hundert bezahlen wollten. Die Administration des Blattes hat es abgelehnt, diese Forderung zu bewilligen, und so ist es zu einem Streik der Verleger gekommen.

Die Situation in Schottland ist eine sehr ernste. Wie wir schon gestern berichtet, haben die Vergleute beschloffen, weiter zu streiken und da auch die Grundbesitzer nicht nachgeben wollen, so ist ein Ende des Streiks noch nicht abzusehen.

## Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Oeffentliche Sitzung vom Donnerstag, 6. Sept., Nachmittags 5 Uhr.

Die Vertretung der Berliner Bürgerchaft nimmt heute nach zweimonatiger Pause ihre öffentlichen Verhandlungen wieder auf. Zur Beratung stehen nicht weniger als 75 Vorlagen, darunter aber fast die Hälfte Rechnungssachen, die ohne Debatte an den Rechnungsaußschuß überwiesen zu werden pflegen.

Nach vor den Ferien war der Versammlung eine Vorlage des Magistrats zugegangen, nach welcher der Berliner Pferdebahngesellschaft Westmann u. Co., zu Charlottenburg die Konzession zum Bau und Betrieb einer Pferdebahn von Alt-Moabit durch die Paulstraße über die Luisenbrücke durch den Thiergarten (Bellevue-Allee) bis zur Ecke der Zimmer- und Lindenstraße erteilt werden soll. Der niedergesehene Ausschuß hat die Vorlage ebenfalls noch vor den Ferien durchberaten und sich dabei auch infolge der Initiative der Ausschußmitglieder Singer und Vogtler mit der allgemeinen Frage der Stellung der Stadtgemeinde zu derartigen Verkehrsanlagen beschäftigt. Doch hat natürlich weder das Verlangen, daß endlich einmal die Stadt bei dieser Gelegenheit mit der Uebernahme einer Pferdebahn in eigene Regie den Anfang machen solle, noch die Anregung, die zu erbauende Linie einer anderen als der genannten Gesellschaft zu überlassen, das letztere sich als leistungsfähig nicht bewährt habe, Gnade vor der Ausschussmehrheit gefunden. Der Stadtsyndikus Meubring sprach sich im Ausschusse ebenfalls gegen die Uebernahme des Betriebes dieser Strecke in städtische Regie aus und machte außerdem erfolgreich geltend, daß man der Gesellschaft, die in den letzten Jahren an die Stadt nur 0,56 statt der vertragsmäßigen 4 pSt. an Abgabe habe zahlen können, mit der Konzessionierung einer rentableren Linie zu Diffe kommen müsse, um sie im allgemeinen städtischen Verkehrsinteresse konkurrenzfähig zu erhalten. Der Ausschuß empfiehlt also die Vorlage zur Annahme, doch soll die Gesellschaft von der Bruttoeinnahme aus dieser Linie eine Abgabe von 8 pSt. entrichten. Ferner soll der Magistrat dahin wirken, daß zwischen dieser Gesellschaft und der Großen Berliner Pferdebahngesellschaft ein Vertrag zu Stande kommt, der die Verlängerung der Linie vom Kriminalgericht nach Mathenower, Perleberger- und Fennstraße bis zum Weddingplatz ermöglicht. Dagegen ist vom Ausschusse ausdrücklich als Vorbedingung der Konzessionserteilung die Normierung des Fahrpreises für die ganze Strecke auf 10 Pf. aufgestellt. Was die anderen Anforderungen betrifft, die vom Publikum unablässig an die Pferdebahnen erhoben werden (Heizung der Wagen, Schließung der Bordthüren, Scheidung der Bänke in Abteilungen u. s. w.), so läßt es der Ausschuß auch diesmal bei der beliebigen Form der Resolution bewenden.

Der Stadt. Mentel beantragt, letztere dahin zu erweitern, daß auch für die Benutzung der Deckplätze durch Damen Fürsorge getroffen werden soll; Stadt. Jacobi will die beiden Bedingungen, an welche die Konzession geknüpft werden soll (Abgabe von 8 pSt. und Zehnpsennig-Tarif), wieder beseitigen.

Stadt. Jacobi bezieht sich für seinen Antrag einmal darauf, daß die Abgabe von 8 pSt. im Aufstufte nur mit fünf gegen vier Stimmen durchgegangen sei, und meint ferner, daß es außerordentlich merkwürdig sein würde, gerade bei dieser keineswegs selbständigen Strecke den Zehnpsennigtarif einzuführen. Bei anderen viel wichtigeren Linien, die in diesem Jahre genehmigt seien, habe niemand an den Zehnpsennigtarif gedacht. Die Gesellschaft sei nicht aus eigener Schuld, sondern infolge besonderer Umstände weniger potent; mit einer so schweren Auflage wie 8 pSt. werde weder der Gesellschaft noch der Stadt gedient.

Stadt. Frensch steht auf demselben Standpunkt. Die Rentabilität der Linie sei keineswegs über allem Zweifel erhaben und diese Gelegenheit die allergeringste zur Auflegung so erschwerender Konzessionsbedingungen. Auch gegen die Forderung des Heizens der Wagen erklärt sich der Redner.

Stadt. Kalisch tritt lebhaft für die Einführung des elektrischen Betriebes auf dieser Strecke ein und bekräftigt nochmalige Verhandlungen des Magistrats mit der Gesellschaft dieserhalb. Der Widerstand der Polizei gegen den elektrischen Betrieb müsse und werde beseitigt werden.

Stadt. Vogtler: Die Gründe des Kollegen Jacobi haben bereits im Ausschusse eine gründliche Widerlegung erfahren. Die Erhöhung der Abgabe von 4 auf 8 pSt. empfiehlt sich, weil die Gesellschaft neuerdings durch gewisse Transaktionen finanziell kräftiger geworden ist und in der Vorannahme gerade dieser Linie ein Mittel erblickt, ihre Finanzen etwas gewinnen zu lassen, die vornehmlich durch die Konkurrenz der Stadtbahn beeinträchtigt worden sind. Die neue Linie hat mit der Stadtbahn garnichts zu thun, ebensowenig die Konzessionsdauer. Die Einwendungen gegen den Zehnpsennig-Tarif sind schon früher eingehend widerlegt worden, die Versammlung hat 1893 ihre prinzipielle Zustimmung dazu gegeben. Die Linie ist auch vorläufig durchaus in sich abgeschlossen. Daß die Verbilligung des Fahrpreises eine Linie rentabler macht, ist gleichfalls längst erwiesen. Zur Heizungsfrage genügt es, lediglich zu wiederholen, daß die sanitären Bedenken gegen die Heizung z. B. bei der Stadtbahn nicht im Mindesten zutreffen. Den Antrag auf Uebernahme der Linie in städtische Regie haben wir wegen seiner Ausschließlichkeit nicht wieder aufgenommen. Wir stimmen mangels eines Bessern für die Anschlagsanträge: denn auch wir hätten den elektrischen Betrieb für diese großentheils außerhalb des Reichthums liegende Linie sehr gewünscht, um die Bedenken der Polizei zu entkräften.

Stadt. Mentel weist zur Begründung seines Antrags wegen der Freigabe der Deckplätze für das weibliche Geschlecht auf das Beispiel von London, Wien, Paris hin. Man werde mit der Annahme des Antrags ein gutes Werk thun. (Heiterkeit.) Bei der Abstimmung fallen die Anschlagsanträge bezüglich der Abgabe von 8 pSt. und des Zehnpsennig-Tarifs; beide Bedingungen werden dem Antrag Jacobi gemäß gestrichen; desgleichen findet der Passus der Resolution wegen des Heizens der Wagen nach der Konstatierung des Bureaus nur eine Minderheit. Dagegen werden der Antrag Mentel und die Resolution Kalisch wegen nochmaliger Verhandlungen mit der Gesellschaft behufs Einführung des elektrischen Betriebes angenommen und mit diesen Modifikationen die ganze Vorlage.

Um Ertheilung des Rechts zum Studium der Medizin an die Abiturienten der Realschulen hatte der Magistrat beim Kultusminister petitionirt, aber eine ablehnende Antwort erhalten. Auf Antrag Cassel spricht die Versammlung zu der Eingabe

ihre volle Zustimmung aus und ersucht den Magistrat, nach Möglichkeit auch fernerhin in seinen Bestrebungen zur Erlangung dieses Rechts fortzufahren. In der kurzen Debatte über den Gegenstand erklärt sich Stadt. Spinoza angelehnt der vorhandenen Ueberproduktion an Ärzten aus praktisch-sozialen Gründen gegen den Antrag, während Stadt. Dr. Langerhans aus Gründen der Berechtigung und auch mit Hinweis auf die städtischen Realschulen den Geist der Bevormundung zurückweist, die in den Ausführungen des Vorredners zu Tage getreten sei. Auf den Standpunkt des Antragstellers stellt sich auch der antisemitische Stadt. Hentig, der die Beschränkung der Berechtigungen der Realschul-Abiturienten künstlich und ungerecht nennt, theilweise durch die Absicht ausgerichtet, die Konkurrenz niederzuhalten.

Auf Antrag des Stadt. Singer war in der Sitzung vom 21. Juni die Vorlage betr. das Lehrer-Wohngebäude der Dorotheenschule, Wilhelmshavenstraße, an einen Ausschuß gewiesen worden. Die Mehrheit der Versammlung hatte damals mit dem Antragsteller dafür gehalten, daß die beabsichtigte opulente Ausdehnung der Direktorenwohnung (8 Zimmer mit den erforderlichen Nebenräumen, ferner 2 Dachstuben) einer näheren Prüfung sehr wohl werth sei. Der Ausschuß hat am 3. Juli getagt, also nach offiziellem Beginn der Versammlungsferien; der in den Ausschuß gewählte Stadt. Singer konnte sich an der Beratung nicht betheiligen, weil er für den betr. Tag in der Annahme, daß in den Ferien nicht getagt werden würde, sich bereits anderweitig engagiert hatte. Der Ausschuß hat mit Rücksicht darauf, daß die Anlage der Wohnung im zweiten Stock sich aus derjenigen der Standbeamtenräume im ersten Stock gewissermaßen von selbst ergebe, einstimmig das Projekt genehmigt und nur die Verwerthung der Dachstuben als besondere Miethswohnung vorgeschlagen.

Ohne Debatte wird der Ausschussantrag angenommen. Die Stadt. Lüben u. Gen. beantragen eine gemischte Deputation einzusetzen, um über das Verhältniß der Stadtgemeinde zu der Großen Berliner Pferdebahngesellschaft, mit Rücksicht auf die Dauer der der letzteren verliehenen Konzession zu berathen.

Stadt. Lüben verweist zur Begründung des Antrags auf die vorhergegangene Debatte. Die Einführung des elektrischen Betriebes poche immer stärker an die Thür; die Gesellschaften aber hatten einfach keine Lust mehr, das Bahnhofs auszubauen, weil die Konzession bloß noch 16, 17 Jahre laufe. Es müsse endlich einmal ein ernstes Wort mit den Direktoren gesprochen werden. Der Vorgang mit der seit 10 Jahren genehmigten Linie durch die Reichenbergerstraße sei in dieser Hinsicht überaus bezeichnend. Man wolle besser und billiger fahren. Stadt. Gerstenberg hält es für sehr bedenklich, der Pferdebahn mit der ausdrücklichen Erwähnung der Konzessionsdauer in die Hände zu arbeiten; denn da vertragsmäßig eine Verlängerung der Konzession ausgeschlossen sei, könne es sich event. nur um eine Verlängerung handeln. Es seien aber mit voller Absicht alle Konzessionen bis 1911 gestellt, um der einstigen Stadtvertretung die volle Freiheit der Entscheidung zu wahren.

Stadt. Vogtler ist mit dem Vorredner im Ganzen einverstanden. Nach der Begründung des Antrags scheint es fast, als ob hier schon 17 Jahre vorher eine Verlängerung der Konzession eingesetzt werden sollte. Zur Verwirklichung der berechtigten Wünsche des Publikums habe sich schon oft Gelegenheit geboten. Herr Lüben wolle besser und billiger fahren, aber noch vor einer halben Stunde habe die Mehrheit seiner Freunde gegen den Zehnpsennig-Tarif gestimmt. Zur Erfüllung dieser Wünsche brauche man jedenfalls keine gemischte Deputation; dazu gehöre nur eine genaue Formulierung dieser Wünsche in Anträgen und deren Unterstützung und Durchsetzung bei Neukonzessionierungen. Das Uebel liege darin, daß man es hier mit einer Privatgesellschaft zu thun habe, die vor allem hohe Dividenden erzielen wolle, das Interesse der Stadt, der Bürgerschaft und der eigenen Angestellten hintanzu-

setzen. Die Wünsche der Bürgerschaft, auf billige Miethen hat von der Weigerung der Gesellschaft, auf billige Wünsche einzugehen, allezeit den Eindruck gehabt, daß es sich dabei nicht um lediglich kalkulatorische Interessen, sondern darum handle, die Erfüllung jener Wünsche bei der Frage der Konzessionsverlängerung als Gegengewicht auszuspielen. Eine solche Verlängerung würde bei der Bürgerschaft auf den energischsten Widerspruch stoßen. Sollte die Frage im Ernst in gemischter Deputation erörtert werden, so dürfe man auch wohl erwarten, daß derselben alle diejenigen fern bleiben, welche als Aktionäre oder Ausschüßräthe der Gesellschaft interessiert sind.

Nachdem noch Stadt. Meyer I gegen, Stadt. Dins für den Antrag gesprochen, wird derselbe gegen wenige Stimmen abgelehnt.

Nach einem Vorschlage des Magistrats soll vom 1. April nächsten Jahres ab ein Eintrittsgeld für die Besteuerung des Rathhausthurses (jetzt 30 Pfennige) nicht mehr erhoben werden.

Die Versammlung stimmt dem zu.

Auf die Beschlüsse der Versammlung 1) wegen Einsetzung einer gemischten Deputation zur Erörterung der möglichen Mittel und Wege zur frühzeitigeren Vorlegung des Etats und 2) wegen Herabsetzung der Gemeinde-Einkommensteuer um 5 pSt. vom 1. Juli cr. antwortet der Magistrat, daß er sich auf 1 von der Beratung in gemischter Deputation keinen Erfolg davon versprechen könne, aber mit allen Kräften dahin wirken werde, den Etat thunlichst gegen den 1. Februar jedes Jahres vorzulegen; ad 2 will er der Herabsetzung der Einkommensteuer von 105 auf 100 pSt. zwar nicht für 3 Quartale (da dann ein Betrag von rund 200 000 M. ungedeckt bleiben würde) aber doch für 2 Quartale, d. h. vom 1. Oktober cr. ab, zustimmen.

Die Versammlung nimmt ohne Debatte von der Mittheilung des Magistrats Kenntnis.

Nach Erledigung einer großen Reihe weiterer Vorlagen ohne allgemeineres Interesse schließt die Sitzung um 8 1/2 Uhr.

## Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

London, 6. September. Die „Times“ melden aus Lima: Der peruanischen Regierung macht es viel Schwierigkeiten, die Gelder für die Befolgung der Truppen zu beschaffen; die Polizei in Lima habe seit zwei Monaten kein Gehalt bekommen.

New-York, 5. September. Die Waldbrände dauern in einigen Gegenden noch immer fort. Die Zahl der Getödteten wird jetzt auf 426 angegeben.

(Depeschen-Bureau Herald.)

Sofia, 6. September. Stambulow fordert seine Parteigenossen auf, sich der Wahlen zur Sobranje zu enthalten, da diese Wahlen ungeschieden seien und die jetzige Sobranje noch zu Recht bestehe.

Sofia, 6. September. Als Stambulow im offenen Wagen vom Untersuchungsrichter in seine Wohnung zurückkehrte, wurde der Wagen von mehreren Individuen aufgehalten. Ein der Letzteren verfehlte Stambulow zwei Stockhiebe über den Kopf; mehrere Subjekte aus der Menge warfen Steine nach ihm. Stambulow trug am Arme Verletzungen davon.

Belgrad, 6. September. Der Untersuchungsrichter, welcher die Gebinaw-Affäre behandelt, hat vier radikale Führer verhaften lassen. Da der Exminister Tauschanovic im Auslande weilt, konnte der Verhaftungsbefehl gegen ihn nicht ausgeführt werden.

Paris, 6. Sept. Bei Grenelle stieß gestern Abend ein Güterzug mit einem Personenzug zusammen. Sechs Waggons sind zerrümmert worden, 4 Personen wurden tödtlich verletzt.

Paris, 6. September. Ein verheerender Gewittersturm suchte heute das Departement Larn heim. Der Sturm riß mächtige Bäume um und vernichtete auf einer Strecke von 8 Meilen die Weinberge. Viele Winger sind durch den entstandenen Schaden vollständig ruiniert. Die Höhe des Schadens ist enorm.



## Arbeiter! Parteigenossen!

Der brutale Willkürakt des Brauereivereins harret noch der Sühne. Den Hunderten unschuldig auf's Pflaster geworfenen Arbeitern ist noch keine Genugthuung geworden. Arbeiter und Parteigenossen! Ohne Eure opferwillige Unterstützung würden die Gemahregelten der bittersten Noth verfallen und gezwungen sein, um Gnade zu betteln. Die Hochherzigkeit der Berliner Arbeiterschaft hat diese Schmach verhindert. Der erste Sturmangriff des Broththums scheiterte an Eurer Solidaritätsgefühl. Nicht eine Dresche vermochte der Bierring in Eure Reihen zu legen. Einig, geschlossen, kampfesmutbig und opferwillig seid Ihr fest entschlossen, den entbrannten Kampf zum siegreichen Ende zu führen.

Arbeiter, Parteigenossen! Euer Wollen garantiert Euer Können! Ihr könnt, wenn Ihr wollt. Den zweiten Sturmangriff auf Euer Phalanx mußten die dem Bierring Lebensdienste leistenden Saalbesitzer unternehmen. Die Agitation sollte unterbunden, das Mundtodmachungssystem praktiziert werden.

Auf der Mine, die sie gegraben, sind die Saalbesitzer aufgefliegen. Ihr Wehgeschrei könnte Mitleid erwecken. Arbeiter, Parteigenossen! Selbst der Himmel, auf den der Bierring seine letzte Hoffnung setzte, ist mit uns im Bunde. Die Saison kann dem Ring nicht mehr über die Verlegenheiten hinweghelfen, die mit jedem Tag des weiteren Kampfes sich thurnhoch häufen.

Ausharren bedeutet für uns Siegen. Unsere Position ist uneinnehmbar. Der Stand des Boykotts ist ein vorzüglicher. Wir können zuwarten, ohne entbehren zu müssen. Arbeiter, Genossen! Je konsequenter der Boykott durchgeführt wird, desto nachhaltiger seine Wirkung, desto entscheidender der Sieg. Duldet keine Ausflüchte, keine Ausreden. Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns. Soweit unser Einfluß reicht, muß das Ringbier verpönt werden. Nicht ein Tropfen darf getrunken werden.

Arbeiter, Genossen! Die Bierzufuhr ist eine geregelt. Sie wird mit jedem Tag der Fortdauer des Boykotts eine bessere. Alle Ansprüche können befriedigt werden. Darum widersteht jeder Versuchung, Ringbier zu trinken. Die schwerste Arbeit ist gethan. Die Periode der Organisirung des Kampfes war die aufreibendste. Jetzt wird uns der Kampf leicht, weil wir das Terrain zum guten Theil beherrschen. Der Sieg muß unser werden, wenn wir bisher mit gleicher Schärfe und Ausdauer der Parole gefolgt sind.

**Hoch der Boykott sämtlicher Ringbrauereien! Trinkt keinen Tropfen Ringbier!**

### Die Boykottkommission.

#### Boykottfreies Bier liefern:

- Brauerei Carlsberg, Friedrich Reichentron, Charlottenburg.
- Brauerei Wilhelmshöhe, E. Lehmann, Berlin.
- Brauerei Pilsener, Direktor Hoffmann.
- Münchener Brauhaus, Aktien-Gesellschaft, Berlin.
- Süddeutsche Brauerei, Karl Ring u. Co., Berlin.
- Brauerei Müggelschloßchen, Friedrichshagen.
- Nordstern-Brauerei, Berlin.
- Exportbrauerei Rathenow, Niederlage bei Mag. Demhardt, N.W., Hannoversche Straße 18a.
- Schloßbrauerei, Fürstwalde, Niederlage bei Franz Heiser, N., Piesenstr. 5.
- Bürgerliches Brauhaus (in Firma Müller), Frankfurt a. D.
- Phönix-Brauerei, E. Rabon, Lichterfelde.
- Brauerei Jagdschloßchen, Eberswalde, Niederlage, Edm. Renter, Swinemünderstr. 45.
- Berg-Brauerei, Brandenburg, Vertreter: H. Wolff, N., Dragonerstr. 31.
- Brauerei Wusterhausen, Vertreter: Max Fleischer, Reichenbergerstr. 155.
- Bürgerliches Brauhaus, Hamburg, Gilbeck, Kellerei und Niederlage, SW., Verlängerter Trebbinerstr. 7.
- Bürgerliches Brauhaus, Luckenwalde, Niederlage G. Spielermann, Weberstr. 66.
- Brauerei Tivoli, Strausberg, Niederlage Stabernad, Mühlenstraße 49a.
- Brauerei in Storkow (in Firma A. Mieth), Vertreter: Spielermann, Weberstraße 66.
- Brauerei Hildebrandt, Nowawes, Vertreter: G. Hensel, Krausenstraße 18.
- Sonnen-Brauerei, Bellermannstr. 71a/72.

So ergeht denn an alle nicht sozialistischen Deutschen in der Provinz die bringende Bitte um Unterstützung dieser schwer betroffenen Kreise. Die Sozialdemokraten sammeln Jahr aus Jahr ein für ihre Zwecke. Denkt an die Zukunft! Wer fürderhin in Unabhängigkeit von einer herrschbegierigen Arbeiterschaft leben will, der steuere nach Kräften bei, um diejenigen nicht zu Grunde gehen zu lassen, deren gegenwärtige Noth zum größten Theil dem Bewußtsein ihrer Pflicht gegen unsere Gesellschaftsordnung entspringen ist.

Wie anders wirkt dies Zeichen auf die Welt ein, als die Fabulistik, zu der z. B. am Mittwoch das „Berliner Tageblatt“ engagiert war. Im Organ des Herrn Mosse der Wirth aus der Hasenheide, der sich vor ringbiertrinkenden Sozialdemokraten nicht zu helfen weiß; und in der Provinzpresse das herzerweichendste Jammergeschrei. Wäre diese Taktik nicht so verflucht geschickt, man müßte sie pöbelhaft dumm nennen. Im abgegrastem Berlin, allwo der Philister für die Saalverweigerer schließlich nichts mehr herausrücken mag, Siegeslieder in der albernsten Absicht, die Arbeiterschaft zu verwirren, und in der Provinz, wo man noch einige Feinlinge herauszuschlagen gedenkt, eine annähernd den Thatfachen entsprechende Schilderung von der wirklichen Wirkung des Boykotts, und das Loslassen des rothen Gespenstes, das da umgeht auf dem Lande wie ein brüllender Löwe und sucht, wen es verschlinge von den bestehenden Bürgern, die das Großkapital zur Stunde noch übrig gelassen hat.

Wo die Ringbrauereien derart verzweifelt die Hilfe der Debnungspresse in Anspruch nehmen, da kann die ehrenhaft denkende Arbeiterschaft lächeln darüber beruhigt sein, daß der Eifer, mit dem sie für ihre schuldlos gemahregelten Brüder eintritt, nach wie vor von den Brauerei-Unternehmern aufs schmerzhafteste gespürt wird. Wie sollte es auch anders sein? So leicht vergeht die Arbeiterschaft nicht die Schmach, die ihr von den übermüthigen Brauereikapitalisten angethan worden. Sie kämpft weiter und wird den Bauherren und ihren Helfershelfern, je länger der Kampf dauert, um so energischer das Verständnis dafür beibringen, daß es ihr Ernst damit ist, den Despotismus des gewalthätigen, herzlosen Kapitalismus zu besitzigen!

Die Spiegel werden immer dümmmer, ungeschickter und unverschämter. Es ist ja bekannt, daß die Polizeibehörde selbst durch den Mund Ehrenputz's im Reichstage sich bitter darüber beklagt hat, daß sie von den Gallunken, die ihr Spieghelbeste leisten, ungeheuerlich angelogen wird. Diese feile Sorte heruntergelommener Subjekte, die unserer Gesellschaftsordnung so unentbehrlich geworden ist, besteht bekanntlich aus so jämmerlichen Gallunken, daß die Polizeibehörde in ihrem offiziellen Bericht mittheilt, es dürfen die Namen dieser polizeilichen Gewährsmänner in den offiziellen Polizeiberichten nicht erwähnt, auch im öffentlichen Interesse nicht als Zeugen vorgeschlagen werden. Das Hippchen Vorlicht, das die Polizei diesen „Ehrenmännern“ gegenüber naturgemäß zur Anwendung brachte, scheint wenigstens in den Reihen des der Polizei nahestehenden Plattes völlig geschwunden zu sein. Solch' Lausbub von Spieghelgnaden dachte: es ist doch nichts so dumm, es findet im Polizeiblatt doch sein zahlendes Publikum. Von dieser ganz richtigen Ansicht ausgehend, überbrachte er dem offiziellen Publikationsorgan der Berliner Polizeibehörde, das sich so rührend beschreiben „Berliner Intelligenzblatt“ nennt, eine faulstüchtige, halbgebuckene, aus seinen dreizehn Fingern geflossene Lüge. Und siehe da, er täuschte sich nicht. Das „Intelligenzblatt“ öffnete seine polizeilichsten Spalten folgendem Schwindel, bei dem Gemeinheit, Unmännlichkeit, Dreißigkeit sich brüderlich die Hand reichen. Wir hängen die Arbeit des Lumpenpads niedriger. Es steht also im Polizeiblatt vom heutigen Tage:

„Auch Herr Bebel trinkt heimlich Boykottbier und predigt öffentlich Zitronenlimonade. Er und seine Getreuen. Und selbst bei einer so bedeutungsvollen Gelegenheit, wie der Trauersalamander zu Ehren der jenseitigen Agnes Rabnitz am Sonntag war, konnten sie es nicht unterlassen, über den Strang zu bauen. In einer Kneipe der Schönhauser Allee saßen sie beim schäumenden „Schultheiß“, die führenden Elemente des vierten und sechsten Wahlkreises, und thaten, was man zu nennen pflegt: „das Fell verkaufen“. Hätte die verblühene Vorläuferin des Boykotts von dieser Parodie auf ihr letztes Wirken eine Kunde erhalten können, sie hätte sich im Grabe umgedreht und das Wort gesprochen von der großen Ironie des Schicksals. Uebrigens soll Bebel auch in seinem Haushalt Boykottbier füttern.“

Die in der Polizeiblattnotiz gebrachten Mittheilungen sind selbstverständlich total unwahr. Das muß selbst das Spieghelblatt wissen, zumal ihm wohlbekannt ist, daß sich Bebel bereits dieser längerer Zeit vor dem Begräbnis nicht in Berlin befindet. Dieser Schwindel des Polizeispieghels nimmt uns nicht Wunder — wie kann man von der Sorte Wahrheit erwarten? Daß das Blatt aber zum Anlaß seiner Schmiererei den traurigen Tod der in den Tod gebekten Genossin nimmt, geht denn doch über das, was wir diesem Organ bislang zutrauten. Wie wäre es, wenn das Polizeiblatt auf seinen Firmenschild (Zimmerstraße 29 und Kurstraße 11) nicht nur „Intelligenzblatt“ steht, sondern auch: „Offizielles Publikationsorgan des Polizeipräsidiums“, und hinzugäbe: „Hier werden für Lumpen jeder Art die höchsten Preise gezahlt.“ Oder ist der Zufall überflüssig, weil selbstverständlich?

Einen Waschzettel des Bierringes bringt gestern das bekannte Blatt für Berliner Leben und Polizeinachrichten. Wir fühlten beim Lesen desselben ein menschliches Mähren in unserer sonst ach! so harten Brust, und sind überzeugt, daß sich das von uns empfundene Mitleid auch bei unseren Lesern äußern wird. Der neueste Schmerzensschrei, welcher sich der gepreßten Brust der vereinigten Herrscher im Reiche des Bieres unter der Oberhoheit des Königs Richard Röske I. entringt, lautet:

„Der Kommunalzuschlag von 25 pCt. zur staatlichen Malzsteuer, den die Berliner Brauereien zu leisten haben, wird von ihnen in diesem Jahre besonders schwer empfunden, da sie mit allen möglichen Widerwärtigkeiten zu kämpfen haben. Nicht allein der Bierkrieg bereitet Kerger und Störungen im Absatz (wirklich!) der Brauereiprodukte, auch das Wetter während der Sommermonate war äußerst ungünstig für den Bierauschank, und nur zu wenigen Sonntagen hielt sich das Wetter gut, so daß dann der Bierkonsum regelmäßig ein größerer als an den Sonntagen des Vorjahres war.“

Als Ungerechtigkeitsmaßstab wird es bezeichnet, daß auswärtiges Bier, das hier steuerfrei eingeführt wird, von dieser Belastung frei bleibt, was besonders jetzt ins Gewicht fällt, wo große Anstrengungen gemacht werden, auswärtiges Bier einzuführen. Nicht alle hiesigen Brauereien sind in der Lage, sich auf den Export einzurichten, derart, daß sie mit denjenigen Brauereien von außerhalb, die nach Berlin Bier liefern, in ihrem Heimathort den Konkurrenzkampf aufnehmen.“

Es folgt dann noch eine Klage darüber, daß die Bierreisenden die Kisten mit Flaschenbier nicht als Passagiergut mitführen dürfen, sondern dieselben besonders verpacken müssen.

Diese mitgetheilte neueste Kundgebung ist etwas unvorsichtig, wenigstens für Leute, die es nicht eilig genug haben konnten, die Siegesfanfaren in die Welt hinausschmettern zu lassen; andererseits aber zeigt sie auch, daß die „Racher“ ihr Publikum kennen.

„Mit allen möglichen Widerwärtigkeiten“ hat der Ring zu kämpfen, nicht allein der Bierkrieg bereitet Kerger und Störungen im Absatz der Brauereiprodukte — das genügt, um neuen Eifer und neuen Durst in die Reihen jener Tapferen zu tragen, welche sich jetzt den berühmten § 11 — allerdings nicht dem des Preßgesetzes — zum Zeichen erkoren haben, unter welchem nicht bloß sie allein, sondern auch die gesammte Ringbrüderschaft zu siegen hoffen.

Recht so! — wir gönnen ihnen den „Triumph“! Wir würden es ihnen auch gönnen, wenn ihnen die 25 Prozent „Kommunalzuschlag“ in Gnaden erlassen würden, denn wohl nur darauf hinaus zielt die ganze Sache. Die Bettelbriefe verlangen nicht recht mehr, man regt sich dabei nur auf und hat nichts davon, die Gelder fließen so spärlich, daß man davon nicht einmal notorisch reiche Saalbesitzer unterliegen kann, die es doch gewiß „nötig“ haben. Aber solche sinnsunwändig Prozentchen Umlaß — ja das wäre noch so ein fetter Bissen.

Nun, was nicht ist, kann noch werden und sollte den Herren des Ringes dieser wenn auch verstedte so doch heißeste Wunsch ihres Herzens erfüllt werden, dann mögen sie sich freudvollst erinnern, daß wir es waren, die diesem Wunsch Welt und Wesen verliehen haben.

Undanbarkeit war nie die Sache der Herrscher im Reiche der Gerste und des Wassers.

Hört, was der Volksmund spricht... Es war einmal ein Mann in einer großen Stadt. Und es begab sich zur Zeit, als daselbst ein kapitalmordender Bierboykott ausgebrochen war, daß derselbe von einer Zeitung die Postfach betam, über diese „aktuelle“ Frage einiges auf das Papier zu bringen. Da ging der arme geplagte Zeitungsmensch zu Siechen, setzte sich in einen stillen Winkel und gräbelte darüber nach, wie er sich dieses unangenehmen Auftrages entledigen könne. Und siehe da: Wie von ungefahr kam ihm eine Nummer der „Eustigen Blätter“ in die Hände und als er da hineinschaute, hatte er gefunden, was er brauchte — setzte sich alsobald an seinen Schreibtisch hin und schrieb und schrieb und, o Wunder! die ganze Meute, so man nennt Ringpresse, klappte es nach, wie „Lattenstöße“ interviewt wurde und was er „forn ton“ losließ:

„Zwei Monate habe sein Geschäft fast ganz still gelegen, weil er Ringbier verschenke (!), jetzt können aber die Genossen alle wieder. Auf meine Frage, was sie dann trinken, erwiderte er: „Nun, natürlich, Ringbier trinken sie. Ich habe ja auch immer 'n Faß mit Nordstern gehabt, aber der wollte keener saufen. Und weil es (!) nun lange liegen blieb, so wurde es (!) nicht schmecken. Acht, vierzehn Tage liegt so'n Faß bei mir und denn drinkt's auch der eifrigste Jenosse nicht mehr. Jetzt jensehen sie alle Ringbier herunter, der Röske seine Freunde dran haben würde, und schimpfen uff Diebnach'n und Singer'n, die jenseh auch 'nen juten Tropfen bränken und sagen: Det kann man vom Arbeiter nicht verlangen, det er bei seine saure Beschäftigung sich noch 'n juten Flaß Bier verneissen dhun soll. Dadrum (!) wählt von all' meine Kollegen, wat die Destillensrigen sind, jetzt keener mehr „von die Partei“; wir stimmen jetzt vor (!) Ahlwardt oder wählen überhaupt nicht mehr.“

Es liegt auf der Hand, daß wir angesichts der Thatfache, daß es für den Korrespondenten der „Königlichen Volkszeitung“ äußerst schwer ist, sich in die Rolle der großhätigen Proletarier hineinzuersehen, mildernde Umstände zubilligen müssen. Man könnte ihm bis zu einem gewissen Grade sogar dankbar sein für die Veröffentlichung.

#### Tokales.

Die Listen der boykottfreien Gastwirthe und Restaurateure, die am Sonnabend wieder insgesammt veröffentlicht werden, müssen bis spätestens heute Mittag 1/2 Uhr in der Expedition abgegeben sein. Spätere Zustellungen können für die Sonnabend-Nummer auf keinen Fall berücksichtigt werden.

Die Lügen von der Wirkungslosigkeit des Boykotts, welche die haathaltenden Berliner Blätter jetzt auf Kommando kolportieren, stehen im seltsamen Gegensatz zu dem Gesammt, das die Brauereireiher jetzt in der Provinzpresse erheben lassen. Die kleinen Kreisblätter haben vom „Verein der Brauereien Berlins und Umgegend“ einen Waschzettel zur Veröffentlichung zugestellt erhalten, der folgenden Wortlaut hat:

„Den vierten Monat bereits währt der sozialdemokratische Bierkrieg in Berlin und noch ist sein Ende nicht abzusehen.“

Ursprünglich ein Produkt der Unzufriedenheit sozialistischer Arbeiter mit Einrichtungen der Kitzdorfer Vereinsbrauerei, wurde der Bierboykott, im Mai nur den engeren Brauereiring (!) umfassend, am 11. Juli aber auf alle zum „Verein der Brauereien Berlins und Umgegend“ gehörigen Brauereien ausgedehnt. Diesem Kampfe gleichgültig gegenüberzustehen, verbietet auch den nicht unmittelbar interessierten Kreisen die große Bedeutung, die er für unser ganzes Wirthschaftsleben hat. Man glaube doch nicht, daß den Führern der Sozialisten der Boykott Selbstzweck ist. Nein!

Er soll eine Krastprobe sein, er soll entscheiden, wer stärker ist, die gewaltigen sozialdemokratischen Arbeitermassen oder der übrige Theil des deutschen Volkes. Der Sieger im Boykott wird der Beherrscher unserer ferneren wirthschaftlichen Lebens sein. Behalten die Sozialdemokraten in diesem Kampfe den Sieg, gelingt es ihnen, ihren maßlosen Forderungen bei den Berliner Brauereien Anerkennung zu verschaffen, so müssen im nächsten Jahre alle übrigen Industriezweige ihre Bedingungen unbedingt unterschreiben.

Überall werden von den Arbeitern Lokale, in denen boykottirtes Bier verzapft wird, gemieden. Dieser geschlossenen Phalanx der Sozialdemokraten gegenüber ist es für das gesammte nicht sozialistische Publikum die Pflicht der Selbsterhaltung, sich zusammenzuschließen.

Was hier von unserer Seite Plah greifen muß, ist einzig und allein die Selbsthilfe. Bauern, Handwerker, Beamte, Industrielle, Kaufleute, haltet zusammen und zeigt Euren gemeinsamen Weg, daß Ihr noch der eigenen Kraft trauet!

Am meisten haben bis jetzt die Gastwirthe darunter zu leiden, hauptsächlich diejenigen, welche Saalbesitzer sind. Weil dieselben nicht nach sozialdemokratischer Pfeife tanzen, werden ihre Lokale gemieden. Viele von ihnen sind dem Ruin nahe!

Wohl haben es die Berliner Brauereien und sonstige Berliner Gewerbetreibende an reichen Geldbeträgen nicht fehlen lassen. Aber jede Quelle muß einmal versiegen.



Lichtung dieser Räubergeschäfte, weil die Gedankenlosigkeit der Berliner Plätter sich so glänzend darin zeigt, daß sie mit dem Abdruck abnungslos auch den Musterknaben von „Deftillieren“ mit einem Berliner Dialekt übernehmen, der ganz gewiß schon von den mit Spreewasser getauften A. V. G. Schützen ergriffen wurde. Wie unlogisch ist es aber, daß der Verfasser diesem Biermogeinden Bierhändler irgendwo die Genossen als Gäste wieder zuweist, die zwei Monate sein Lokal gemieden, wo sie jetzt doch viel leichter auf das Ringbier und den Besuch dieses Lokales verzichten könnten, weil das ringfreie Bier ohne Zweifel mehr abgelagert ist als früher! Nein, Verehrtester, wenn etwas Beweiskräftiges gegen den Boykott gebracht werden soll, muß es doch Besseres sein, als antisemitische Bierwize. Besser wäre es schon, wenn Sie sich an den Höchstkommendirenden Köfische wendeten, der Ihnen authentisch bestätigen kann, daß der Boykott nicht „zieht“, oder vielmehr daß er ganz insam „zieht“. — Wer über den Boykott schreiben dhun dhut, muß bei Dings auch verstehen, antwortete uns Vattenfrige, als wir ihn dieserhalb befragten. . .

**Der Bierverruß.** So schreibt die „Voss. Ztg.“, scheint seine Schrecken für die Gast- und Schankwirthe vollständig verloren zu haben. Wenigstens wurde gestern Nachmittag in der Versammlung des Vereins der Berliner Weibbierwirthe (bei Schulz, Gesundbrunnen), die von über 700 Mitgliedern besucht war, des Verruß mit keinem Worte mehr gedacht.

Diese Schweigsamkeit zieht die Herren vom Weibbierverein zweifellos besser, wie die hohlen Rodomontaden der Führer dieser Vereinigung zur Zeit als die Erzählungen von den diversen hunderttausend Mark Unterstützungsgeldern noch Gläubiger fanden. Dieser naive Glaube ist eben heute durch die rauhe Wirklichkeit grausam zerstört worden und wenn wir die Glocken haben recht läuten hören, so ist gewiss sonst sehr redseligen Herren nahe gelegt worden, durch unnützes Geschrei, hinter dem nichts Redt, nicht noch mehr Öl ins Feuer zu gießen. Auf alle Fälle klingt diese Erklärung der plötzlichen Schweigsamkeit plausibel, als wie die Annahme, daß angesichts ihrer verwaisten Lokale den Saalverweigerern der Bierverruß gleichgültig sein sollte.

Ueber die zum Theil wenig strenge Durchführung des Boykotts seitens der Bau-Arbeiter wird in Kreisen der Berliner Arbeiterschaft leider nicht mit Unrecht geklagt und doch sind Fälle zu verzeichnen, wo bei solidarischem Vorgehen der betreffenden Arbeiter alles zu erreichen ist, wie folgender Fall beweist. Auf dem, dem Herrn Rentier Mack gehörigen, zwischen Brunnen-, Putz- und Schweinmünderstraße gelegenen Terrain werden gegenwärtig eine Anzahl Neubauten angeführt. Aus einem Theil derselben werden die Arbeiter durch die sogenannten Baubücker mit Speise und Trank versehen. Daß die Kontrolleure leicht diese Art Kneipen übersehen, ist klar. Wird aber einmal von einer Seite diesen Kneipen größere Aufmerksamkeit geschenkt, so passiert es leicht, daß ganz eigenartige Verhältnisse zum Vorschein kommen. So auch auf dem oben angeführten Terrain. Die Genossen hatten schon längere Zeit mit angesehen, daß daselbst der Boykott unbekannt zu sein schien. Eine Besprechung mit den Arbeitenden hatte trotz Hinzuziehung des Vertrauensmannes der Maurer, infolge zu geringen Besuchs, das erste Mal nur einen minimalen Erfolg. Das Resultat der zweiten Zusammenkunft war ein bedeutend besseres. Der Baubücker Gahn an der Brunnenstraße und Strafe 87 Ede ließ sich am Tage nach der letzten Besprechung sofort ein Plakat der Boykottkommission bringen und erklärte, von jetzt ab sein Bier unter Kontrolle zu stellen. Also, Genossen, namentlich die Ihr auf oben angeführten Baustellen beschäftigt seid, seid einig und Ihr werdet sehen, daß, soweit noch Ringbier in den Baustätten ausgehändelt wird, bald Wandel zu schaffen ist. Der Vertrauensmann.

Die Parteigenossen des B. Berliner Reichstags-Wahlkreises genigten am Mittwoch Nachmittag der traurigen Pflicht, wiederum einen Genossen zu Grabe zu geleiten, der ebenso wie der vor drei Wochen beerdigte Genosse Rudolf K o h l e r d i, so lange die Kräfte es erlaubten, sich in selbstloser Weise für die Parteinteressen aufopferte. Es war dies der Schneider Wilhelm Hoffmann, dessen Leben nach nur 33jähriger Dauer am Sonntag Morgen durch einen Herzschlag ein Ziel gesetzt wurde. Die große Betheiligung an dem Begräbnis war der sprechendste Beweis für die Liebe und Achtung, welche sich der Verstorbene bei Lebzeiten in Freundes- und Bekanntenkreisen errungen hatte. Der imposante Leichenzug nahm seinen Weg vom Trauerhause, Alte Jakobstr. 89, aus durch die Sebastian-, Dresdener- und Kottbusserstraße, über den Kottbusser Damm und den Hermannsplatz nach dem Neuen Louisefriedhof in der Hermannstraße, wo die Genossen des Wahlkreises, des Wahlvereins und des Louise-Viertels, ferner der Verband der deutschen Schneider und Schneiderinnen, sowie viele Freunde Kränze mit Widmungsschleifen am Grabe niederlegten mit dem Gebührenden, des Genossen Andenken in Ehren zu halten und — weiter zu kämpfen. Hoffmann hinterläßt eine Wittwe, der schon einmal ein Galte in ebenso jungen Jahren durch den Tod von der Seite gerissen wurde.

Die Parteigenossen, welche Ausflüge nach Adlershof machen, werden namentlich bei Gelegenheit der am Sonntag stattfindenden Passafestier darauf aufmerksam gemacht, daß folgende Biertheke boykottfrei ist: Rud. Wölfflein, Lustgarten; Jul. Ademann, Bismarckstr. 53; Missero, Bismarckstraße 25; Poranitz, Hadenbergstr. 8; Soltyshal, Hadenbergstraße 9; Kühle, Kronprinzenstraße; Schubert, Oppenstraße und Ede Grünauer Allee. Die Bekaltkommission.

Die Große Berliner Pferde-Eisenbahn-Gesellschaft ist nach dem Berliner Lokal-Anzeiger beim Magistrat der Stadt Charlottenburg um die Konzessionierung einer neuen Linie eingekommen, welche vom Straßburger Platz resp. Olivaer Platz ausgehen, die Joachimsthaler, Rante, Kugsburger, Luther-, Mettelbeckenstraße durchlaufen und über den Lühowplatz Anschluß an die Stadtlinien finden soll. Die Unterhandlungen sollen dem Abschluß nahe sein.

Wilde Kinder finden bis zum schulpflichtigen Alter kostenfreie Aufnahme in der Anstalt Schönhauser Allee 78. Meldungen beim Stadtverordneten Langenbucher, Grenadierstr. 8, oder beim Stadtverordneten Niemer, Bischoffstr. 2/3.

Sedanfeier. Eine Prügelei ereignete sich, wie nachträglich bekannt wird, am Sedantage vor dem Lehmann'schen Restaurant in der Wollandstraße zu Panlow. Mehrere patriotische Burschen gerieten beim Verlassen des Lokals in heftigen Streit, weshalb der Wachmeister Posselt die Krachler zur Ruhe verwies. Das nahmen die letzteren übel und fielen über den Beamten her, infolge dessen derselbe arg zugerichtet wurde und ohne Waffen und Helm auf dem Kampflage liegen blieb. Letztere hat man später in der Brechstraße gefunden.

Zu dem furchtbaren Unglück, von dem die Soldaten des Füßler-Bataillons vom vierten Garde-Regiment zu Fuß in Riesen bei Guben betroffen worden sind, wird auf Grund der Mitteilung eines theilhaftig gewesen Soldaten das Nachstehende berichtet: In einem Bauerngehöft waren Mannschaften der neunten und zwölften Kompagnie untergebracht worden, die sich etwa um 8 Uhr am Montag zur Ruhe begaben. Um 9 1/4 Uhr brach in dem Hause, wo die Soldaten lagen, Feuer aus, das sich mit großer Schnelligkeit verbreitete. Die plötzlich aufgeschreckte Mannschaft konnte sich in der Schlaftrunkenheit und bei dem Qual nicht gleich zurecht finden, und zwei Soldaten fanden den Tod in den Flammen. Dies sind der Füßler-Klopp der neunten Kompagnie, der erst seit dem vorigen Herbst dient und sein erstes Mandat mitmachte, und der Füßler-Martensen der zwölften Kompagnie, der nach Brandigung der Herbstübungen zur Reserve entlassen worden wäre. Beide sollen vollständig verkohlt aufgefunden worden sein. Außerdem sind aber noch mehrere Unglücksfälle zu verzeichnen. Leichtere Brandwunden im Gesicht und an den Händen trug der Füßler Albert Diebus der 9. Kompagnie davon, der bereits am Dienstag Vormittag hier in Berlin eintraf und auf

der äußeren Abtheilung des Garnisonlazareths I in der Scharnhorststraße untergebracht wurde. Er bedarf zu seiner Wiederherstellung nach ärztlichem Gutachten etwa vier Wochen. Außerdem liegen noch zwei schwere Fälle vor, die einen Unteroffizier und einen Gefreiten betreffen. Beide haben nach hierher gelangten Mittheilungen im Lazareth zu Frankfurt a. O. Aufnahme gefunden, da ihr Zustand eine Weiterbeförderung nicht zuließ.

**Ein Kindesmord.** Am Donnerstag Morgen kurz nach 8 Uhr sah der Parkwächter Otto Meile im großen Teiche des Friedrichshains die Leiche eines sechs Wochen alten Knaben schwimmen. Nach geschickter Landung stellte sich heraus, daß das Kind in drei Bindeln lag, die aneinander aus einem alten Bettlaken oder Franzenhemd zurechtgeschnitten waren. Das Bettlaken ist aus Baumwolle gefädel. Die Leiche war mit Gerd und Jade aus schneeweißem Leinen bekleidet. Da Blut aus der Nase quoll, so ist der Knabe möglicherweise durch einen Schlag ins Gesicht betäubt worden, bevor er in das Wasser geworfen wurde. Unter dem Verdachte der That ist eine Frauensperson nach dem Hl. Polizeirevier gebracht worden; doch ist die Untersuchung noch nicht so weit gediehen, daß man ein genaues Urtheil darüber haben kann, ob sich der Verdacht bestätigt oder nicht.

**Selbstmord.** Der 64 Jahre alte Altbaufabrikant Isidor Jeroel wurde am Mittwoch Nachmittag um 3 Uhr in seiner Wohnung Lüderstraße 42 durch Angehörige erhängt und tot aufgefunden. Der Beweggrund zum Selbstmord scheint in Familienverhältnissen zu suchen zu sein.

In Gegenwart seiner jungen Frau hat sich vorgestern der Friseur N. in der Rosenthalerstraße erschossen. N. hatte sich am Vormittag aus seiner Behausung entfernt. In seiner Abwesenheit erhielt seine Frau einen Brief, in welchem N. ihr mittheilte, daß er sich im Grünewald erschließen werde. Doch bald darauf kam N. nach Hause. Und als ihm seine Frau Vorwürfe machte, daß er sie so furchtbar erschreckt habe und ihm hat, sich kein Leid anzuthun, zog er einen Revolver aus der Tasche. Ehe die Frau ihm die Waffe entreißen konnte, brachte der Schuß und zu Lode getroffen brach N. zusammen. Was ihn in den Tod getrieben, ist unbekannt.

**Polizeibericht.** Am 4. d. M. Abends stürzte ein Knabe aus der im 2. Stocke des Hauses Stralsunderstraße 53 belegenen Wohnung seiner Eltern auf den Hof hinaus, erlitt einen Schädelbruch und starb bald darauf. — Am 5. d. M. Morgens wurde auf der Treppe des Hauses Thurmstraße 16 die Leiche eines neugeborenen Kindes aufgefunden. — Auf dem Bellealliance-Platz wurde ein Mann durch einen Schlägerwagen überfahren und an der Schulter verletzt. — Vormittags zog sich eine in der Falkensteinstraße wohnende Frau dadurch schwere Brandwunden am ganzen Körper zu, daß sie Petroleum auf das Herdfeuer goß, wobei ihre Kleider in Brand gerieten. — Bei einer am Gdrlüher Ufer entstandenen Schlägerei wurde ein Arbeiter am Kopfe so schwer verletzt, daß seine Ueberführung in ein Krankenhaus erforderlich wurde. — In der Frankfurter Allee gerieth ein Mädchen unter die Räder eines Geschäftswagens und erlitt schwere innere Verletzungen. — Nachmittags erschoss sich ein Mann in seiner Wohnung, in der Rosenthalerstraße. — In der Straße Alt-Moabit wurde ein Mädchen durch eine Kutsche überfahren und am Arme verletzt. — In seiner Wohnung, in der Lüderstraße, wurde ein Mann erhängt vorgefunden. — Abends fiel ein Mann in der Greifswalderstraße von einem Pferdeabfuhrwagen und brach den Unterschenkel. — Im Laufe des Tages fanden drei Brände statt.

#### Witterungsübersicht vom 6. September 1894.

Stationen.	Barometerstand in mm. reduziert auf d. Meeressp.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1-12)	Wetter.	Temperatur (nach Celsius) (m. 4 P. M.)
Ewinemünde . . .	762	SW	2	halb bedekt	11
Hamburg . . . . .	762	SW	1	wolklos	10
Berlin . . . . .	763	Still	—	heiter	9
Biesbuden . . . . .	763	SW	1	bedekt	11
München . . . . .	762	D	4	Regen	10
Wien . . . . .	763	SW	1	Regen	12
Saparanda . . . . .	756	NO	6	Regen	4
Petersburg . . . . .	758	EO	1	bedekt	6
Cort . . . . .	769	SW	2	heiter	10
Aberdeen . . . . .	768	R	3	halb bedekt	11
Paris . . . . .	764	SW	1	bedekt	10

**Wetter-Prognose für Freitag, den 7. September 1894.**  
Ein wenig wärmeres, vielfach heiteres, zeitweise wolliges Wetter mit schwachen südwestlichen Winden; keine oder unerhebliche Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

## Theater.

**Berliner Theater.** Prologe und kein Ende! Am Mittwoch wurde das Berliner Theater unter der neuen Direction des Herrn Oskar Blumenthal mit Anzengruber's „Parrer von Kirchfeld“ eröffnet. Da man keinen frischen Prolog hatte, griff man zu einem altbackenen, den Ludwig Julda vor Jahren einmal zu Ehren des todtten Anzengruber gedichtet hatte. Die glattflüssigen, aber wohlfeilen Verse Julda's schmiegen sich in Nichts an die herbe Mannsnatur Anzengruber's an. Was sie vollends mit dem Berliner Theater zu thun haben sollen, ist ein Räthsel. Es ist ein Glück, daß die Todten in ihren Gräbern nicht hören können, was allseitig geschäftige und geschäftskundige Journalisten und Theaterdirektoren an ihnen zu rühmen wissen. Sie würden erbittert aufstehen! Als Anzengruber noch lebte, da war er der bärbeißige Sonderling. Als er angeblich vom ersten Theatergetriebe, im Unmuth einmal das Wort vom „jüdischen Schachergeist“ in unseren Theatern aussprach, da ward er zum verdammten Antisemiten gestempelt und der Preßkangel, der in Wien niedriger ist und gemeiner als irgendwo, that ihn in Bann. Theaterdirektoren, die vor der Geißlinger frohen, und dem näselnden Koupelstänger Girardi, der heute noch der Abgott der eretimitischen Wiener Bourgeoisie ist, wiesen dem ersten Rabner Anzengruber die Thüre, wie man einen unbehaglichen Polterer auf die Gasse stößt.

Als das grausame Spiegelbild Wienerischen Kleinbürgerthums, das Volkstheater, das vierte Gebot, in das kleine Volkstheater der Josefstadt zu Wien rüchten mußte, da riefen die braven Wiener: Was, das sollen wir sein? Das unsere Gesellschaft? Und wo bleibt das goldene Herz der Wiener vom Grund? Und sie liefen zum Volkstheater, der ihnen vom alten Steffel (Stefansthurm) und vom goldenen Wiener Gemüth Wunder vorzulagen mußte, und ließen den Dichter einsam stehen. Heute freilich bemüht man hellenische Mäusen und Geinen um ihn und macht tiefe Bücklinge vor seinem Geiste, wenn ein seiner Werke irgend einem Direktor Vorpanndienste leisten soll. Die Aufführung von Anzengruber's Drama bedeuete ein Programm, so stand in den Blättern zu lesen und nun breche im Berliner Theater, das unter Barnay auf das Bärm- und Effekt-drama „Kean“ und auf die räthselige Sentimentalität vom Hüttenbesitzer herabgefunden war, eine neue Wera heran. Ich möchte wissen! Einen größeren Tiefstand, als es unter Barnay erreicht hatte, kann das Berliner Theater unter Blumenthal auch nicht wohl erreichen. Und eine Volkstheater im Geiste Anzengruber's, dessen Angedenken man in der Eröffnungsvorstellung heraufbeschwor, wird das Berliner Theater unter der neuen Leitung auch nicht werden. Was der vornehmere Westen im Leistungstheater bereits zur Genüge genossen hat, das wird man dem kleineren Manne in der sächlichen Friedrichstadt zu etwas ermäßigteren Preisen austischen;

und wenn es hoch hergeht, wird man ihm dann und wann auch klaffisch kommen. Die Aufführung des streitbaren Dramas, dessen Gedankenwelt übrigens für moderne Leute überholt ist, bot nicht viel Neues. Herr Sommerstorf (früher am deutschen Theater) gab auch im Berliner Theater den Parrer mit wohlthuender Herzenswärme. Seine Gattin, Teresina Gchner-Sommerstorf, fand sich in die enge häuerliche Welt nicht so sicher hinein. Anna Birkmeyer ist ein kluges, treuherziges Mädel, aber nicht mehr; und bei Theresina Gchner wurde sie zu Unrecht zu einer überlegenen Weltbilde, die zufällig einen bunten Mittel und ein farbiges Fräulein trägt. Den Widerpart des Parrers, den verbitterten Dorffonderling, der durch Liebe wieder der menschlichen Gemeinschaft gewonnen wird, den Wurzelsepp, spielte Herr Susla. Wenn zerrauhte Haare die wichtigsten Zeugen für zerrüttete Gemüthszustände sind, dann war Herr Susla vortrefflich. Wenn er durch Lüne feilscher Empfindung erschüttert sollte, dann half ihm seine Theateroutine nicht viel. Dann war sein Wurzelsepp ein Polterer, und kein in sich zerrissener Mensch.

**National-Theater.** Wo im Passage-Panoptikum die Dahomevölker, bei Casan die Prinzeß Lopase und im Zoologischen Garten Bleichröder's Nilpferd das größte Aufsehen erregen, da kann der eifrige Direktor des National-Theaters auch nicht mit einer Attraktion zurückbleiben. Er bietet seinem Publikum nicht allein, sondern überhaupt tout Berlin dießmal etwas Außerordentliches, und kündigt in riesigen Plakaten das Auftreten einer gebenedeiten Künstlerin, der märchenumwobenen Bertha Rother an. So sinnig wie nur möglich gestaltete sich am Mittwoch Abend das Debut dieser wunderbaren Dame; wie im Märchen der Prinz erst tausend Prüfungen zu bestehen hat, um zur drachenbewachten Geliebten zu gelangen, so läßt Herr Direktor Samst den Fremdling, der nach den Frankfurter Linden hinauspilgert, erst die ganzen Qualen der Sufanna im Bade durchkosten, bevor er Abends gegen zehn Uhr mit Bertha Rother herausbricht. Der Künstlerin ist, analog Pariser Gebräuchen, vom Hausdichter ein Stück auf den Leib geschrieben worden; „Ein Modell“ ist es verständnißmäßig genannt und es stellt dar die Widerwärtigkeiten, die einem Maler der Bertha Rother, eben des Modells wegen, von der eifersüchtigen Gattin bereitet werden. Der Hausdichter war klug genug, die so nackt wie möglich gelleidete Gattin nur wenig reden und desto mehr posiren zu lassen und die Posen fanden denn auch beifälliges Verständnis im Publikum. Es läßt sich nicht leugnen, daß Fräulein Bertha Rother eine hoheitsvolle Erscheinung ist; sie hat einen Zug von der Diana aus Wilcaya an sich, vor deren kräftiger Umarmung der Schwächling seine diverse Nippendrücke beschützt, in ihrem lapidaren Einberstreiten liegt etwas übermenschliches. Den Mund hatte die schöne Bertha nur selten aufgethan; wenn sie aber sprach, so flossen ihr die Worte wie geschmolzenes Saccharin hinter den Zahnrainen hervor. Das trotz der erhöhten Eintrittspreise recht zahlreich erschienenene Publikum nahm herzlichen Antheil an dem Gespiel der Künstlerin.

## Versammlungen.

Eine öffentliche Versammlung aller in der Schuh- und Schäftebranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hatte sich am 5. d. nochmals mit dem Streik bei Fürstenheim u. Ko. zu beschäftigen. N i e d e r a u e r als Referent war der Ansicht, daß der Streik nach eisendücker Dauer nach Lage der Sache nicht mehr einen Erfolg verspreche. Für die Ausständigen sei nichts mehr zu erreichen und auch der Fabrikant sei nicht mehr wesentlich zu schädigen. Er hielt es für das zweckmäßigste, den Streik zu schließen, um die Fürstenheim'sche Fabrik der Organisation wiederzugewinnen und zu erhalten. Die Fabrik zu sperren hielt er nicht für angebracht. Ausständig sind noch zehn Mann. In Uebereinstimmung mit den Streikenden wurde der Streik bei Fürstenheim u. Ko. aufgehoben. Ueber den Streik selbst wurde noch länger debattirt. Unser Berichterstatter wurde von Herrn August Fleischer ausdrücklich aufgefordert, in dem Versammlungsberichte der Entrüstung der Versammlung darüber Ausdruck zu geben, daß der Redakteur des „Vorwärts“, Robert Schmidt, gelegentlich der auf der Redaktion des „Vorwärts“ stattgehabten Verhandlungen in Gegenwart des Fabrikanten sich zu den Streikenden dahin geäußert habe, daß sich dieselben bereits lächerlich gemacht hätten. Die Versammlung war der Ueberzeugung, daß auch Herr Fürstenheim von sich sagen könne: Noch ein solcher Sieg — und ich bin verloren! Wenn auch die Streikenden nicht Alles durch den Streik erreicht hätten, so hätten sie doch Vieles erreicht. Den Ausständigen wurde so lange Unterstützung zugesagt, bis sie Arbeit gefunden haben. Auch wurde beschlossen, bei der Preßkommission des „Vorwärts“ Beschwerde zu führen. Fleischer gab noch bekannt, daß die von ihm für den Bürger Streik vorausgabten Sammelstellen, die noch ausstehen, binnen acht Tagen an ihn, Höchststraße 11 wohnhaft, abgeliefert seien, widrigenfalls er sich veranlaßt sehen würde, die Nestanten öffentlich bekannt zu geben.

\* Hierzu hat der Unterzeichnete zu bemerken: Bei der Verhandlung war der Herr Fleischer nicht zugegen, und als die Neuerung gethan wurde, auch nicht der Fabrikant, sondern ein Vertreter desselben. Derartige kleine Unrichtigkeiten überraschen nun schon nicht mehr, wenn sie von einigen bekannten Mitgliedern der Schuhmacher-Organisation ausgehen. Ebenso wenig wie die „Niederwürdigkeit“, die Redaktion und mich für die Versammlungen, eine Vermittelung zwischen den Streikenden und dem Fabrikanten herbeizuführen, noch mit einer bei den Schuhmachern üblichen „Anerkennung“ zu beehren. Ich muß deshalb in Kürze den Vorgang der Sache wiedergeben. Als die Unterredung stattfand, war der Streik bereits verloren. Der Fabrikant hatte seine Fabrik voll besetzt, was selbst das Mitglied Niederauer zugab, da er Aufschluß geben konnte über die bei der Krankenkasse angemeldeten Arbeiter in jener Fabrik.

Gefordert wurde von den Streikenden nur die Einstellung der noch Ausständigen, da die anderen Forderungen, so auch die Entlassung des Werkführers — eine Forderung, die von Niederauer selbst als ungerecht bezeichnet wurde — bewilligt waren. Bei der ersten Unterredung mit Fürstenheim gab dieser das Versprechen, von den 15 Ausständigen 7 sofort einzustellen und die anderen dann zu beschäftigen, sobald eine Arbeitsstätte frei werde. Die zweite Unterredung fand mit dem Vertreter des Herrn Fürstenheim statt. Die Kommission sollte eine Antwort geben auf das Anerbieten des Herrn Fürstenheim. Eine Antwort gab die Kommission nicht, sondern wollte den Beschluß der Versammlung abwarten. Auf meine Befürwortung des Anerbietens, das auch zum Theil von einem Kommissionsmitglied gebilligt wurde, gab der Betreffende mir zur Antwort: „Vertreten Sie nur diese Ansicht in der Versammlung, dann werden Sie ausgelacht.“ Daraus erwiderte ich: „Von den Schuhmachern ausgelacht, bedeutet nicht viel, denn die Schuhmacherebewegung hat sich durch die Ungeschicklichkeit einiger Mitglieder geradezu lächerlich genug gemacht.“ So ist der Vorgang der Angelegenheit, finden die Schuhmacher eine Beleidigung in dieser Neuerung, so thut es mir leid. Meine Ansicht ist aber aufs Neue durch ihren Beschluß bekräftigt, den ich nur wieder eine Ungeschicklichkeit nennen kann. Ich frage jede gut geleitete Gewerkschafts-Organisation, ob sie am Ende eines gänzlich aussichtslosen Streiks das Anerbieten eines Fabrikanten, einen Theil der Streikenden sofort einzustellen und den Rest je nach Freiwerden der Arbeitsstätten, zurückgemessen hätte, nachdem eine Forderung von den Streikenden auf Lohnerhöhung oder Regulierung der Arbeitszeit selbst nicht mehr gestellt wurde? Oder ob es vernünftiger war, ohne jegliche Konzession den Streik als aussichtslos einfach aufzuheben?

R. S c h m i d t.



Die Brauer und Brauerei-Hilfsarbeiter hielten in den Arminhallen am 5. d. Mts. eine Versammlung ab. Referent war Paul Jahn, der die Sozialgesetzgebung in einem längeren Vortrage behandelte und besonders die Gewerbeverordnungen in den Kreis seiner Betrachtungen zog. Die Darlegungen des Redners wurden beifällig aufgenommen. Nach kurzer Debatte verließ man diesen Punkt der Tagesordnung; es erfolgte dann der Bericht der Kommission zum Gewerbeverordnungs-Gesetz, welche von Köchel und Steiner zur Kenntnis der Versammlung gebracht wurde. Außer diesen sprachen noch Stripp und Hilpert; Jahn beantwortete eine Reihe aus vielfache bezügliche Fragen. Am die Unklarheit, die noch viele in den Kreisen der Brauerei-Arbeiter herrscht, zu beseitigen, sollen in den Vereinsversammlungen sehr öfter instruktive Vorträge über Gesetzgebung gehalten werden. Als Kandidat für die demnächst stattfindende Wahl wurde Steiner vorgeschlagen und als Ersatzmann Gander. Ueber den in dem Bericht der gewerblichen Presse von der letzten bei Riess stattgehabten Versammlung entspann sich eine lebhafteste Debatte. Der Vorsitzende teilte mit, daß nach seinen Informationen ein gewisser Vorfalle resp. dessen Rumpfen Martin, die wegen ähnlicher Streiche schon bei verschiedenen Arbeiter-Versammlungen nicht mehr zugelassen würden, diese Forderung nicht hätten. Zur Sache äußerten sich noch Schneider Hilpert und Jahn; es wurde darauf eine Resolution folgenden Inhalts einstimmig angenommen: Die Versammlung verdammt entschieden den ligenerischen Bericht, welcher über die letzte Bauarbeiter-Versammlung fast von der gesamten bürgerlichen Presse veröffentlicht ist. Die Versammlung ersucht hieraus aufs Neue, daß alle bürgerlichen Parteien den Arbeitern feindlich gegenüberstehen und verpflichten sich die Anwesenenden deshalb, mit ganzer Kraft für die Verbreitung der sozialdemokratischen Ideen und ihrer Presse einzutreten.

Die Bäckermeister in Berlin sowie deren Gesellen waren am Mittwoch zu einer von der Konfordia-Zinnung einberufenen Generalversammlung nach der Konfordia-Sälen geladen. Un-

gefähr 2000 Personen waren erschienen. Zum ersten Punkt der Tagesordnung referierte der Vorsitzende Obermeister Gemeinhardt. Stellungnahme und Beschlüsse gegen die Vorschläge der Arbeiterschul-Kommission, lautete das Thema, welches sich der Herr Obermeister gewählt hatte. Redner bemerkte, daß es absolut unmöglich sei, daß der Vorschlag der Kommission für Arbeiterstatistik Gesetzeskraft erlangen könnte. Das gute Einvernehmen zwischen Meister und Gesellen würde aufgehoben, sämtlicher Kleinbetrieb in seiner Existenz dann schwer gefährdet werden und der Großbetrieb Platz greifen müssen. Darum bittet er sämtliche Gesellen, mit für die Petition zu stimmen, die von der Meisterschaft an den Reichskanzler abgehandelt werden soll und für Beibehaltung des alten Zustandes eintritt. In der nun folgenden Diskussion, welche wertwürdigerweise seit Jahrzehnten einmal in Innungsverfassungen gestattet wurde, ergriff zunächst Bäckermeister Most das Wort. Unter stürmlichem Beifall der Versammlung widerlegte derselbe die Ausführungen des Referenten und erklärte, daß auch die Bäcker-Arbeiter mit dem Entwurf nicht zufrieden wären, weil derselbe in der jetzigen Form kaum eine Besserung der Verhältnisse biete. Bäcker-Arbeiter Scholz schließt aus der Einberufung der Versammlung und erklärte, daß die Bäckermeister mit dem Entwurf nicht zufrieden wären, weil derselbe in der jetzigen Form kaum eine Besserung der Verhältnisse biete. Bäckermeister Scholz schließt aus der Einberufung der Versammlung und erklärte, daß die Bäckermeister mit dem Entwurf nicht zufrieden wären, weil derselbe in der jetzigen Form kaum eine Besserung der Verhältnisse biete. Bäckermeister Scholz schließt aus der Einberufung der Versammlung und erklärte, daß die Bäckermeister mit dem Entwurf nicht zufrieden wären, weil derselbe in der jetzigen Form kaum eine Besserung der Verhältnisse biete.

Jetzt erklärte der Obermeister, die Majorität wäre unbestimmt, trotzdem gitta 1800 gegen und etwa 200 Mann für die Resolution gestimmt hätten. Da von den Arbeitern Protest gegen die Abstimmung erhoben wurde, und der Obermeister sah, daß in dieser Versammlung keine Vorbeeren zu ernten sind, schloß er die Versammlung.

## Vermischtes:

**Ein Hamburgischer Beamter im Unglück.** Der „Frankfurter Bzg.“ wird aus Hamburg geschrieben: Der Assistent Schlafsch von der hiesigen Polizeikasse ist in Untersuchungshaft abgeführt worden, weil er sich einer Unterschlagung im Betrage von 49 168 M. schuldig gemacht hat. Diese Unterschlagungen datieren bereits bis ins Jahr 1892 zurück und sind in der Weise bewerkstelligt worden, daß S. auf Grund eines von ihm selbst ausgeschriebenen und mit seiner Unterschrift versehenen Scheines Gelder sich hat auszahlen lassen, die angeblich auf Geheiß des Polizeiherrn, d. h. desjenigen Senators, welcher der Polizeiverwaltung präsidiert, für die Transportierung von Ausgewiesenen oder Mittellosen verwendet werden sollten. Daß es dem S. gelungen ist, auf vom Polizeiherrn nicht einmal unterzeichnete Transportcheine Geld zu erheben, läßt vermuten, daß die Kontrolle bei unserer Polizeikasse eine mangelhafte gewesen.

**Briefkasten der Redaktion.**  
Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (Zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll.  
Schriftliche Auskunft zu erteilen, lehnen wir ab.  
Frohsinn. Vereine, die in boykottierten Lokalen Sitzung abhalten, finden im Vereinskalender keine Aufnahme.  
N. B. 100. Wir entinnen uns nicht, von Ihnen einen Brief erhalten zu haben. Nichten Sie die Frage noch einmal an uns.  
M. N. 100, S. 5. Rein.

Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

- ### Theater.
- Freitag, den 7. September.
- Opernhaus.** Cavalleria rusticana (Bauer-Oper). — Das goldene Kreuz.
  - Schauspielhaus.** Ein Sommernachts Traum.
  - Lesing-Theater.** Die Haubenlerche.
  - Kirchhof-Theater.** Der Pfarrer von Kirchfeld.
  - Neues Theater.** Heimkehr.
  - Philhar-Theater.** Die Räuber.
  - Altes Theater.** Kabale und Liebe.
  - Friedrich-Wilhelmstadt-Theater.** Der Volksänger.
  - Reithaus-Theater.** Demi-Monde.
  - Theater Unter den Linden.** Die Fledermaus.
  - Belcanto-Theater.** Die Regimentskinder. — Die Nürnberger Puppe.
  - Adolph Ernst-Theater.** Charley's Tante.
  - Central-Theater.** O! diese Berliner!
  - Alexanderplatz-Theater.** Verbotene Liebe. Vortr.: Ein Ehrenamt.
  - National-Theater.** Ein Modell. Susanne im Bade.
  - Apoll-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.
  - Kaufmann's Variétés.** Spezialitäten-Vorstellung.
  - Parodie-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.
  - Wintergarten.** Spezialitäten-Vorstellung.

**Neue freie Volksbühne.**  
Sonntag, 23. September: I. Abth.  
Sonntag, 30. September: II. Abth.

**Das vierte Gebot.**  
Vollständ. von L. Anzengruber.

### Schiller-Theater.

(Wallner-Theaterstr.)  
Wallner-Theaterstrasse.  
Freitag, 7. Septbr.: Die Räuber.  
Sonntag, 8. Septbr., Nachmittags 3 Uhr: Schiller-Vorstellung: Der Menonit. Abends 8 Uhr: Die Räuber.  
Sonntag, 9. Sept.: Nachmittags 3 Uhr: Die Räuber. Abends 8 Uhr: Der Menonit.

### National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.  
Gastspiel des Fräul. Gorka Kother: (Nur viermaliges Gastspiel.)  
Um 9 Uhr:  
**Ein Modell.**  
Poffe von Eugen Prudens.  
Vorher um 7½ Uhr:  
**Susanne im Bade.**  
Große Poffe mit Gesang in 4 Akten von Eugen Prudens.  
Musik von Adolph Wiende.  
Regie: Max Samt.  
Kasseneröffnung 6½ Uhr. Anf. 7½ Uhr.  
Morgen: Dasselbe Vorstellung.  
Sonntag Nachmittags 3 Uhr: Die Weber.

**Achtung! Kein Laden.**  
Kontroll-Schutzmarke.  
Nur eigene Fabrikation, 25 Zigarenn 1 Mark. Garantie rein amerikanische Tabake. Rippenzahl 2 Pfd. 70 Pfg. 711.  
S. F. Pinstlage.  
Kottbusstr. 4, Ost part.

### Adolph Ernst-Theater

Letzte Aufführung!  
**Charley's Tante.**  
Schwan in 3 Akten v. Brandon-Thomaz.  
Vorher:  
**Die Bajazzi.**  
Parodistische Poffe in einem Akt von Eduard und Benno Jacobson.  
Anfang 7½ Uhr.  
Sonntag, den 8. September:  
Zum I. Male:  
**Colotte's 28 Tage.**  
Gesangspoffe in 3 Akten v. H. Raymond u. A. Mars. Musik v. Viktor Roger. (Novität.)

### Central-Theater

Alte Jakobstraße Nr. 30.  
Direktion: Richard Schulz.  
Emil Thomas a. G.  
Anna Bänders. Josefine Dora.  
Zum 4. Male:  
**O! diese Berliner!**  
Große Poffe mit Gesang und Tanz in 6 Bildern nach Salinger's Reise durch Berlin von Julius Freund.  
Musik von Jul. Gindshofer.  
Kasseneröffnung 6½ Uhr.  
Anfang der Vorstellung 7½ Uhr.  
Morgen und folgende Tage: O, diese Berliner!

### Castan's Panopticum.

**Hassan Ali**  
der grösste Monach der Welt.  
**Prinzess Topase**  
das kleinste Menschenkind.  
**Verein Schäftebranche!**  
Sonntag, 8. Septbr., Abds. 9 Uhr: **Versammlung**, Rosenthalerstr. 57.

### Tischler-Verein.

Sonntag, den 8. September, Abends 9 Uhr, Melchiorstraße 15:  
**Versammlung mit Damen.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Herrn Dr. Warm über: „Die Erhaltung der Sehkraft“, mit Demonstrationen an künstlichen Augen. 2. Stellungnahme zum dies-jährigen Stiftungsfest. 3. Vereinsangelegenheiten.  
Um recht rege Beteiligung bittet  
Der Vorstand.

### Freie Vereinigung der Bauarbeiter

Berlin.  
Sonntag, den 9. September, Vormittags 11 Uhr in Wilke's Lokal, Andraastr. 26:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom Stiftungsfest 1894. 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. — Neue Mitglieder werden aufgenommen. Um zahlreichen Besuch ersucht  
Der Vorstand.

### Deutscher Metallarbeiter-Verein.

Sonntag, den 8. September, Abends 8½ Uhr, im oberen Saal der Arminhallen, Kommandantenstr. 20:  
**Gemeinschaftliche Mitglieder-Versammlung**  
sämtlicher Verwaltungsstellen Berlins und Umgegend.  
Tages-Ordnung:  
1. Fortsetzung der Debatte über den Vortrag der letzten gemeinschaftlichen Mitglieder-Versammlung. 2. Bericht über die Bezirkskonferenz der Provinz Brandenburg. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.  
Die Mitglieder ersuchen wir, zahlreich und pünktlich zur Versammlung zu erscheinen. Gäste willkommen.  
177/7  
Die Ortsverwaltungen.

### Todes-Anzeige.

Am 4. Septbr. verstarb nach langen schweren Leiden mein lieber Mann, unser guter Bruder und Schwager, der Medaillenträger  
**Ferdinand Rudwill**  
im 84. Lebensjahre an Lungenkatarrh. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 9. Septbr., Nachm. 4 Uhr, auf dem Heil. Kreuz-Nirchhofe in Mariendorf statt. 27866

### Danksagung.

Für die dankliche Gethelligung bei der Beerdigung meines lieben Mannes und unseres guten Vaters sagen wir allen Freunden und Bekannten unseren tiefgefühltesten Dank. 27846  
Wittwe Hoffmann u. Töchter.

### Spandau.

Sonntag, den 9. d. Mts., Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Vork, Staakenstr. 14:  
**Öffentliche sozialdemokratische Partei-Versammlung.**  
Tagesordnung: 1. Die Lügen unserer Zeit. Referent: Dr. Pin. 2. Diskussion. 3. Der Stand des Boykotts. 4. Delegiertenwahl zur Brandenburgischen Parteikonferenz.  
Zahlreiches Erscheinen ist erwünscht.  
109/11  
Der Vertrauensmann.

### Passage-Panopticum.

**51 wilde Weiber**  
aus Dahomey.  
Das lesende Kind  
alt 1¾ Jahr.

### Achtung! 2. Wahlkreis. Achtung!

Freitag, den 7. September, Abends 8½ Uhr, im Lokale der Arminhallen, Kommandantenstr. Nr. 20.  
**Große öffentliche sozialdemokratische Partei-Versammlung.**  
Tagesordnung:  
1. Die bevorstehende Parteikonferenz für die Provinz Brandenburg. Referent **Otto Antrick**. 2. Diskussion. 3. Wahl der Delegierten. 261/9  
Die Vertrauenspersonen.

### Deutscher Holzarbeiter-Verein.

(Zahlstelle Berlin.)  
**Bezirks-Versammlungen:**  
Westen und Südwesten: Sonntag, den 9. September, Vormitt. 10 Uhr, bei **H. Werner**, Bülowstraße 59.  
Norden: Montag, den 10. September, Abends 8½ Uhr, bei **Kelle**, Schönhauser Allee 28.  
Friedrichsberg und Rummelsburg: Montag, den 10. September, Abends 8½ Uhr, bei **Peters**, Rant- und Schillerstraßen-Gde.  
Tagesordnung in allen Versammlungen:  
Vortrag. Diskussion. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.  
Moabit: Sonntag, den 9. September, Vormittags 9 Uhr, bei **Lange**, Stromstraße 28.  
Tagesordnung:  
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Die Kollegen der Werkstatt Herrgessell, Wilhelmshafenstraße, sind besonders eingeladen.  
Branche der Bodenleger: Sonntag, den 9. September, Vormittags 10 Uhr, bei **Schöning**, Stallschreiberstr. 20.  
Besprechung über Lohn- und Arbeitsverhältnisse.  
Nichtmitglieder haben Zutritt. Um zahlreichen Erscheinen ersucht  
141/20\*  
Die Ortsverwaltung.

### Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Sonntag, den 8. September, Abds. 8½ Uhr, bei **Paigmüller**, Alte Jakobstr. 48a:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tagesordnung:  
1. Vortrag des Gen. Littin. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.  
Der Vorstand.  
197/10

### Verband der Möbelpolierer

Berlins und Umgegend.  
Es finden im Monat September untenstehende Versammlungen statt und werden die Kollegen ersucht, heute, Freitag, Abend, Flugblätter zur Agitation für diese Versammlungen bei Mohr, Oranienstr. 197, und bei Wiedemann, Blumenstr. 88, abzuholen. Zahlreiche Beteiligung notwendig.  
Die Versammlungen finden statt:  
Norden: Sonntag, den 10. Sept., Abds. 8 Uhr, bei Wilke, Kochstr. 82.  
Berlin { Osten: " " " 8 " " Wilke, Andraastr. 26.  
Südost: " " " 8 " " Ulrich, Waldemarstr. 75.  
Weißensee: Donnerstag, 18. Sept., Ab. 8 Uhr, bei Klebe, Charlottenburger- u. Adolfsstraßen-Gde.  
Friedrichsberg: " " " 8 " " Heinke, Friedr.-Carlstr. 11.  
Rixdorf: " " " 8 " " Babenschneider, Hermannstr. 118.  
Die Zahlstelle Reichenickerstr. 2 bei Gde ist aufgehoben wegen Boykottier-Ausschank und befindet sich morgen Abend von 8-10 Uhr Anklamerstr. 82.  
Sonntag, den 9. September: **Herrenpartie** nach Fiederndorf-Ladendorfer-Bädersdorf. Treff: 7 Uhr früh Schleißer Bahnhof, Rabaisstraße. 199/7  
Der Vorstand.

### Achtung, Zimmerer!

Sonntag, den 9. September, Vorm. 10 Uhr,  
**Große öffentliche Versammlung**  
der Zimmerer Berlins und Umgegend  
in Nieft's Festsälen, Weberstraße No. 17.  
Tages-Ordnung:  
1. Abrechnung der Sammelisten für die streikenden Zimmerer in Danzig. 2. Abrechnung des Vertrauensmannes. 3. Welche Schritte unternehmen wir gegen das Submissionswesen? Referent **Genosse Kessler**. 4. Der Bierbojott und das Verhalten der Zimmerer auf einzelnen Bauten und Plätzen.  
Jeder Zimmerer ist verpflichtet, Vergehen gegen den Bierbojott in der Versammlung zu melden.  
Der Vertrauensmann: **Th. Fischer**, N. Dunderstr. 4.  
292/3



# Esser's Seifenpulver mit Terpentin-Salmiak

ist und bleibt doch das anerkannt

**Beste.**

aber nur mit der Schutzmarke

„Liegender Löwe“.

Engros durch Henschel & Meyer, Kurfürstenstraße 13.  
Telephon Amt VI 1446.  
Alleinige Fabrikanten Esser & Giesecke, Leipzig-Plagwitz.

## Frucht-Säfte

Himbeer-, Kirsch-, Johannisbeersaft, vorzüglich, Literflasche 1,30 Mk.  
Eugen Neumann & Co., 781 M.  
6a Belle-Allianceplatz 6a. 81 Neue Friedrichstr. 81. 8 Oranienstr. 8

## Nordstern-Brauerei.

Wir bringen hiermit unseren geschätzten Abnehmern und Freunden zur

**Sonnabend, den 8. September cr.**  
wieder der Ausstoß unseres **eigenen**, vorzüglich eingebrauten und gut ge-

lagerten Bieres beginnt.  
Bei dem heute vorgenommenen Probe-Ansicht wurde allseitig anerkannt,  
daß das neue Gebräu dem früheren, so reichlich Beifall spendeten Bräu

ebenbürtig zur Seite steht und laden wir daher alle Freunde zu einer  
Probe ergebnis ein.  
In dem Bestreben, von jezt ab nur **eigenen**, gut gelagerte Biere zum

Ausstoß zu bringen, bitten wir unsere verehrten Abnehmer um **rechtzeitige**  
briefliche Aufträge ihrer Bestellungen, da unser Abgabquantum für die nächste  
Zeit fest begrenzt ist.  
Berlin, den 7. September 1894.

Telephon Amt III Nr. 439.

Die Direktion  
der Nordstern-Brauerei.

**Neu! Neu! Neu!**

Leipzigerstrasse No. 119-120.

**Oswald Nier's**  
**WEIN-BAR**

Morgen: **Eröffnung.**

**Neu! Neu! Neu!**

# Louis Schulze

General-Vertrieb der echten Hammer-Marie-Brikets

aus den

Anhaltischen Kohlenwerken Mariengrube in Senftenberg N.-L.

Anhaltische Kohlenwerke  
**MARIE**  
Mariengrube.

Bei obigen Brikets wird jetzt,  
um jede Täuschung des Publikums durch geringerwerthige Marken zu verhindern,

zu dem früheren Stempel **MARIE** noch die

volle Firma der Fabrik

**Anhaltische Kohlenwerke Mariengrube**

hinzugefügt.

Beim Bezuge der **echten Hammer-Marie** lasse man sich **daher nicht**  
**irre machen durch ähnlich klingende Bezeichnungen**, wie  
„Senftenberger Kohlenwerke“ etc., oder durch bloß mit **MARIE** versehene Brikets,  
**da diese nicht aus der Mariengrube stammen.**

Ich stehe mit Lieferung genannter Spezialmarke, sowie sämtlicher anderer Brennmaterialien für  
den Hausbedarf gern zu Diensten und nehme Bestellungen im Haupt-Comptoir sowie in allen Filialen  
entgegen.

**Louis Schulze,**

Haupt-Comptoir: W., Friedrichstrasse 83, zwischen Unter den Linden u. Behrenstr.  
Telephon: I, 7529. 46,6

Filialen und Lagerplätze:

Görlitzer Bahnhof, Platz 3 (Telephon IV, 798). Stettiner Bahnhof (Telephon III, 1974).  
Görlitzer Bahnhof, Platz 23 (Telephon IV, 798). Bahnhof Lagerhof, Brunnenstr. (Teleph. III, 2575).  
Ostbahnhof, Fruchtstrasse 16 (Telephon VII, 134). Wedding-Bahnhof (Telephon III, 2294).  
Ostbahnhof, Am Ostbahnhof 20 (Teleph. VII, 5851). Stätteplatz am Lohmühlenweg.

Verantwortlicher Redakteur: Hugo Pösch in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin, SW, Neustadtstr. 2.

## Phönix-Brauerei Gr.-Lichterfelde. Part-Ausschank.

In 10 Minuten vom Anhalter Bahnhof zu erreichen.

Jeden Sonntag: **Konzert**. - **Tanz** bei freiem Zutree.

Kaffeeküche (60 Pf. pr. Liter) täglich geöffnet. 3 Kegelbahnen.  
Spielplatz. Gute Speisen und Getränke. Fritz Hoffmann & Sohn.

Kein Ringier!

## Jägerhaus, Schönhauser Allee Nr. 103.

Inhaber: **Wilhelm Schmidt.**  
Jeden Sonntag u. Mittwoch: **Frei-Konzert** u. **Sall.**  
Kathenower Bier. 4 Kegelbahnen. Kaffeeküche von 1 Uhr ab geöffnet.

## Goldschmiede.

Sonntag, den 9. September:

**Herren-Partie.**

Sammelpunkt: Früh 7 1/2 Uhr.

Stettiner Bahnhof, vordere Halle.

Abfahrt: 7.50 nach Buch, Borortzug.

Um recht rege Theilnehmung der

Kollegen ersucht 131/3

Der Vorstand.

## Armin-Hallen

Kommandantenstraße Nr. 20.

Täglich:

**Frei-Konzert**

in schönem Natur-Garten.

Säle. Vereinszimmer.

## Möbel-Kaufgelegenheit

bietet sich Brautleuten u. im Möbel-

speicher, 6022

Rosenthalerstr. 13, I.

Dieselbst stehen täglich zum Verkauf:

neue gediegene Möbel zu außergewöhn-

lich billigen Preisen, gebrauchte und

verliehene gewesene Möbel zu wahr-

haften Spottpreisen. Theilzahlung ge-

stattet. Kleiderschränke 15, Küchen-

spinden, Kommoden 12, Sophas 15,

Bettstellen mit Matratzen 18 Mark,

Rugbaum-Kleiderschränke, Vertikows 30,

Stühle 3, Muschelspinden 40, Tru-

meaux 65, Paneelsophas 75, Plüsch-

garnituren 60 Mark. Herren-Schreib-

tische, Schreibsekretäre, Buffets, Kou-

lissentische Spiegel, alles staunend billig.

Gelante Möbel können auf meinem

Lagerspeicher bis Oktober kostenfrei

lagern und werden durch eigene Ge-

spanne transportirt und aufgestellt.

## Roh-Tabak.

Grösste Auswahl. Billigste Preise.

Formen, Bockfaçon,

wieder vorräthig.

**Heinrich Franck,**

Brunnenstr. 185.

## Bitte lesen Sie!

Jedem Genossen, der billig und gut

kaufen will, empfehle mein sehr reich-

lager von ca. 1000 **Summer-Pale-**

**tots**, 2000 Anzüge, sowie einzelne

**Höde, Jaquets, Hosen, Westen u.**

**Feiner Uhren, Betten, Ringe,**

**Betten, Wäsche, Stiefel, Hüte,**

**Reise- u. Holzschiffer, Waschkessel u.**

**Sämtliche Sachen in alt und neu.**

**A. Wergien,**

Schneidermeister und Partiewaaren-

Händler, 57942

127 Skalitzerstraße 127.

Bestellungen nach Maß werden

gut und billig ausgeführt.

Bitte sehr, recht genau auf Namen

und Hausnummer zu achten.

## Billigtes Patent-Bureau,

Berlin S., Fudauerstr. 3.

37 Als anerkannt reelle und

billigste Einkaufs-Quelle des

Süd-Ostens für

**Gold-, Silber-,**

**Alfenidewaren** (Eg. Fabr.)

goldene u. silberne Uhren

empfiehlt sich

**H. Gottschalk,**

Goldarbeiter und Uhrmacher,

37 Admiral-Strasse 37

Schuhmacher-Werkzeug, Schuhleisten,

Reifen u. dergl., alt, wegen Todesfalls

billig. Frau Weiß, Wäschingstr. 23.

**Gardinen-Fabrik**

Kein Laden. Großes Lager gestickter und engl.

Tüllgardinen, Stores, weiß und

creme. Große Auswahl in Sopha-,

Tisch- und Bettdecken, auch im

Ein- u. den billigst. Fabrikpreisen.

**E. Knappe** aus Eutsch i. Sachsen

Berlin N., Brunnenstr. 21, pt.

Wollgasterstr. 3/4 2 und 1 Stube,

1 Küche b. z. v.

## Verlag von F. Fontane & Co.

Sieben erschien:

Schauspiel in drei

Acten von G. Bolle.

**Lassalline.** Vierte Auflage.

- Preis 50 Pfennige. -

## Vortragende 6849

Herren, welche technische u. gewerbliche

Thematika behandeln, wollen solche mit

Honoraranspruch u. Adresse gefl. nach

Invalidenstr. 105, II. links, senden.

**P. P.**

Den geehrten Genossen, sowie der

werthen Kundschaft zur gefl. Nachricht,

daß ich das

**Cigarrengeschäft**

des Herrn Schmeltzspennig, Brangel-

straße 50, mit der Versicherung, wie

bisher nur reelle Waare zu führen,

übernommen habe. 2733b

Indem ich reelle Bedienung ver-

spreche, bitte ich um weiteren Besuch.

**O. Hentscher,** Brangelstr. 50.

## Roh-Tabak

**A. Goldschmidt,** 4435L

am hiesigen Plage wie bekannt

**grösste Auswahl!**

Garantie für sicheren Brand.

Streng reelle Bedienung, billigste

Preise! Sämtliche im Handel

befindl. Roh-tabaks sind am Lager.

**A. Goldschmidt,**

**Oranienburgerstr. 2.**

## Sophastoff-Reste

in Rips, Damast, Crèpe, Fantasie,

Gobelin, Plüsch und bunten

Moquets spottbillig!

Proben franko! 5150L

**Emil Lefèvre,** Berlin S.,

Oranienstraße

158.

Empfehle allen Freunden u. Genossen

mein neu eröffnetes Destillations-,

Weiß- u. Bayerisch-Bier-Lokal.

2732b

**G. Thiel,**

Wienerstraße 13.

Den Genossen zur gefl. Nachricht,

daß ich den Ausschank im Restaurant

Petrisplatz 3 (Ecke Scharrnstraße)

übernommen habe, u. bitte um werthen

Besuch. 6492

**Carl Schmidt,** früher in Rigdorf.

## Für Haushaltungen,

empfehle ich mein

**Weissbier**

zum Selbstabziehen, in kleinen Gebinden

von 10 Lit. an, frei ins Haus.

Preisprophet Amt Schöneberg Nr. 92.

**A. Seidler, Schöneberg,**

Sedanstr. 73-75 und 82,

Berliner Weissbier-Brauerei.

## Weißbier!

Für Fabriken und Werkstätten

sowie für Wiederverkäufer liefere

ich mein **Verwand-Weissbier** in

unübertrefflicher Güte zum Preise von

3 Mk. für 40 halbe oder 45 1/2 oder

25 1/10 oder 20 ganze Flaschen, frei

in's Haus, in Flaschen mit Patent-

verschl. ohne Pfandberechnung.

Preisprophet Amt Schöneberg No. 92.

**A. Seidler,**

Schöneberg, 214L

Sedanstraße Nr. 73-75 und 82.

Berliner Weissbier-Brauerei.

**Münchener Brauhaus**

hier. Flaschenbiere, gut gelagert,

liefert ausschließlich laut Bestätigung

der Direktion. Plessner, Lothringersstr. 9.

Verloszimmer für 25-30 Personen,

Alte Jakobstr. 67. 27175

## Arbeitsmarkt.

1-2 tüchtige Glasbleifer

für Glasbuchstaben werden bei hohem

Lohn und Akkord sofort aufgenommen.

Bewerber hierfür wollen sich sofort

melden in der Exp. d. Bl. unt. R. M.

Geliebte Stockschneider finden dauernde

Beschäftigung in der Schirmstoffabrik

in Eisenach. 2730b

Umseimer u. Umbaumacher gesucht.

Rönigsbergerstr. 29. 27375